

**Gegenstimmen** — attac  lädt ein

# **Globalisierung der Ungleichheit**

Frauen im Widerstand gegen den totalen Markt

Materialien zu der Veranstaltung mit  
Claudia von Werlhof  
Edith Laudowicz

21. Mai 2004, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem **GRIPS Theater**

## Inhalt

Claudia von Werlhof <i>Frauen gegen Gats</i> .....	3
Christa Wichterich <i>Gender Matters</i> .....	5
Edith Laudowicz <i>Globalisierte Frauenarbeit in der Textilindustrie</i> .....	15
Maria Mies <i>Globalisierung, Frauen und Widerstand</i> .....	21

## Kontakte, Internetadressen

- Der deutsche Frauenrat - <http://www.deutscher-frauenrat.de/>
- "Women and Life on Earth", Frauen-Netzwerk für Ökologie, Frieden und Gerechtigkeit!  
<http://www.womenandlife.org/>
- statistisches Infonetz zu Genderaspekten: [www.womencount.de](http://www.womencount.de)
- International Gender and Trade Network: [www.igtn.org](http://www.igtn.org)
- FeministAttac - [www.attac.de/feministattac](http://www.attac.de/feministattac)
- Focus on the global South - [www.focusweb.org](http://www.focusweb.org)
- Terre des Femmes: [www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)

## Literaturhinweis

- Dienste ohne Grenzen - GATS, Privatisierung und die Folgen für Frauen - Reader zum Internationalen Kongress 09.bis 11.05 2003
- Mies, Maria; Patriarchat und Kapitel; Rotpunktverlag, Zürich1988
- Mies, Maria u. Vandana Shiva Ökofeminismus, Rotpunktverlag, Zürich1993
- Claudia von Werlhof, Vandana Shiva, Gustavo Esteva, Farida Akhter; Subsistenz und Widerstand Alternativen zur Globalisierung Pro-media Verlag, 2003

Druck des Readers durch  
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg



**DIE BESTEN JAHRE**

verbringen  
junge Frauen in  
Bekleidungsfabriken  
in Asien, Zentralamerika  
und Osteuropa.  
Menschenunwürdige  
Arbeitsbedingungen  
sind die Regel.

**TERRE DES FEMMES**  
fordert die Einhaltung  
sozialer Mindeststandards  
in allen Zulieferbetrieben!

**TERRE DES FEMMES**  
Tel. 07071/7973-0  
[tdf@frauenrechte.de](mailto:tdf@frauenrechte.de)  
[www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)

**Spendenkonto:**  
Kreissparkasse Tübingen,  
Kto-Nr. 881 999, BLZ 641 500 20  
Stichwort: „Mode“

TERRE DES FEMMES



## Frauen gegen GATS

von Claudia von Werlhof<sup>1</sup>

Das internationale Dienstleistungsabkommen GATS steht im wahrsten Sinne des Wortes vor der (Haus)Tür. Es hat nichts Geringeres im Visier als neben dem von direkter Kommerzialisierung bisher ausgenommenen öffentlichen Sektor auch die Privatsphäre möglichst restlos zu einem profitablen Geschäft für internationale Konzerne umzuwandeln - und zwar per Gesetz.

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist zusammen mit der Welthandelsorganisation WTO im Jahre 1995 als Nachfolgeorganisation des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) gegründet worden. Es soll dafür sorgen, dass die ganze Welt in eine einzige Freihandelszone verwandelt wird, und dass dabei auch die sog. Dienstleistungen nicht fehlen. Das war zunächst die Idee der US-Coalition of Service Industries, dem größten Dachverband der US-amerikanischen Dienstleistungsindustrien. Auch die Weltbank und die EU betreiben mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Realisierung des GATS. Unbemerkt von der Öffentlichkeit und unkommentiert von der Presse sind die Verhandlungen vor allen Dingen seit dem Jahr 2000 beschleunigt vorangekommen. Bereits im Juni 2002 hat die Österreichische Bundesregierung bei der EU deponieren müssen, welche Dienstleistungsbereiche sie von den anderen Mitgliedern der WTO dem GATS unterworfen sehen möchte, und bis zum März 2003 muß sie festlegen, welche Dienstleistungsbereiche sie selbst, in Österreich, dem GATS öffnen will. Bis 2004 soll alles endgültig beschlossen sein. Es ist also höchste Zeit, dass die Öffentlichkeit erfährt, was hier geplant ist, um diese Pläne zu vereiteln.

Das GATS beabsichtigt nichts mehr und nichts weniger, als den großen internationalen Dienstleistungsunternehmen "zu erlauben, die öffentlichen Dienstleistungen in aller Welt zu übernehmen - ob die Menschen das wollen oder nicht. Falls es zur Ausführung kommt, wird es den Untergang des öffentlichen Sektors bedeuten" (Maude Barlow: GATS - Die letzte Grenze der Globalisierung; Übersetzung aus The Ecologist, Februar 2001). Das Motiv für eine derartige "unfreundliche Übernahme" ist einzig und allein die Möglichkeit, durch die "Liberalisierung", "Flexibilisierung" und "Privatisierung" auch der Dienstleistungsbranche riesige Geschäfte zu machen. Damit dies im Zweifel auch erzwungen werden kann, soll das GATS völkerrechtlichen, also einen den nationalen Verfassungen übergeordneten Status haben.

Was bedeutet all dies für Frauen? Von der Wiege bis zur Bahre, Frauen haben in unserer Gesellschaft gerade mit der Pflege und Aufrechterhaltung der alltäglichen Lebensbedingungen immer am meisten zu tun. Daher sind sie als Kollektiv vom GATS und den bereits laufenden Privatisierungen bzw. Enteignungen am meisten betroffen. Denn nun soll Schluß sein mit der öffentlichen Versorgung, sozusagen der mütterlichen Seite von Vater Staat. Das bedeutet, dass die Frauen, die sich eine kommerzialisierte Versorgung finanziell nicht leisten können, wieder auf Selbstversorgung angewiesen sind oder eben nicht versorgt werden oder versorgen können. Es kommt damit auf die Frauen insgesamt ein ungeheurer Schwall neuer Arbeit zu, und zwar unbezahlter Arbeit im und ums Haus.

Krankenpflege, Altenpflege, die Betreuung von Kindern, all dies wird in Zukunft von sehr vielen und zunehmend vielen Frauen in zunehmendem Umfang selber getragen werden müssen. Denn nicht nur, dass generell neue unentlohnte Arbeit auf die Frauen zukommt, sie werden auch generell weniger entlohnte Arbeit und vor allem weniger gut entlohnte Arbeit bekommen. Denn gerade im öffentlichen Sektor machen Frauen einen großen Teil der Beschäftigten aus. Nach dessen Privatisierung werden sehr viel weniger Beschäftigte dort zu erwarten sein, und die Arbeitsbedingungen werden sich sehr verschlechtert haben, von einer Arbeitsplatzsicherheit ganz zu schweigen. In den USA nennen sich

---

<sup>1</sup> Prof. am Institut für Politikwissenschaft Innsbruck



die Inhaber solcher Arbeitsplätze inzwischen die "neuen Sklaven". Bei McJobs braucht man mindestens drei, um davon zu überleben, und wann dann Alte, Kranke, Kinder und die Frau sich selbst versorgen werden können, bleibt dahingestellt. Es werden Verhältnisse wie in der Dritten Welt entstehen. Die sog. Zweidrittelgesellschaft wird schnell in die Eindrittelgesellschaft münden, in der generell nur ein Drittel der Bevölkerung noch ausreichend versorgt sein wird.

Aber nicht nur im öffentlichen Bereich wird es zu einem Zusammenbruch der Frauenerwerbstätigkeit kommen, falls das GATS eingeführt wird. Auch bisherige kleinere, mittlere, ja sogar größere Anbieter von Dienstleistungen privater Natur, die neben den öffentlichen Dienstleistungen bestehen, sind gefährdet. Sie werden der übermächtigen Konkurrenz von ausländischen Konzernen zu weichen haben. Restaurantketten, Bestattungsunternehmen, Sportstättenbetreiber und Vergnügungsindustrien, angeboten von ausländischen Konzernen, werden sie in kurzer Zeit geschluckt haben. Und damit wird auch die Beschäftigungsdichte enorm zurückgehen, wie die Erfahrung zeigt. Je größer der Konzern, desto geringer die Anzahl der Beschäftigten.

Der so hoch gelobte Fortschritt und eine Modernisierung auf Weltniveau, wie das GATS sie propagieren, sind für Frauen ein einziger Betrug: Sie werden sowohl im Lohnarbeits- wie auch im Hausarbeitsbereich sehr viel mehr zu tun haben bzw. auf mehr Geld angewiesen sein, das sie gerade nun nicht mehr verdienen. Die hausfrauliche Gratisarbeit wird erweitert, die niedrigentlohnte außerhäusliche Arbeit bzw. die Abhängigkeit von ihr aber auch. Damit schreitet die "Hausfrauisierung" der Frauenarbeit noch voran (C. von Werlhof: Frauen und Globalisierung, in: INWO (Hg.): Zukunftsfähige Gesellschaft, Aarau 1999). In einem Schweizer Managermagazin wurde vor einiger Zeit das Lob der "Lebensunternehmerin" gesungen (Christian Lutz: Die Zukunft der Arbeit ist weiblich, in: Der Standard, 6.6.1997). Wie zynisch muß man eigentlich noch sein, um zu verstehen, dass die Situation, die mit der neoliberalen Politik und insbesondere dem GATS auf Frauen zukommt, schon kräftemäßig und materiell unlösbar ist, vom Immateriellen, also der Auseinandersetzung mit einer immer erbarmungsloseren, kälteren und liebloseren Welt her gesehen ganz zu schweigen.

Was tun? Das GATS kann nicht mehr geheimgehalten werden. Überall in Europa lief die Anti-GATS-Kampagne von ATTAC. Wir in Tirol haben mit den verschiedensten Gruppen der Zivilgesellschaft die "Plattform gegen GATS und für eine gemeinsame Welt" (zu erreichen über das Südwind-Büro/Innsbruck) geschaffen. Anderswo wird zur Gründung von "GATS-freien Zonen" aufgerufen und in Deutschland gibt es sogar eine Stimme die meint, angesichts des GATS könnte vom Widerstandsrecht nach dem Grundgesetz Gebrauch gemacht werden (vgl. Wilhelm Neurohr: Die Welt ist keine Ware, in: Infobrief des Netzwerks gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik, Köln: "GATS, nein danke!", Nr. 9, 2002).

Die Frauenbewegung in Österreich ist wie überall auf der Welt dazu aufgerufen, sich endlich mit dem Thema zu befassen und die neue Regierung massenhaft, unaufhörlich und entschieden unter größtmöglichen Druck zu setzen.

"Der Begriff Dienstleistungshandel ist ... ein Euphemismus für Programme, die geschaffen wurden, um die Volkssouveränität zu unterminieren und die demokratischen Optionen zu reduzieren, indem man die Entscheidungen über die wichtigsten Aspekte des Lebens aus der öffentlichen Arena in die unkontrollierten privaten Tyrannen übergibt" (Noam Chomsky: Wähler und Spekulanten. Die Globalisierung der Demokratie. Veto eines "virtuellen Parlaments", Internet, 2.2.2002). Dieser globale Anschlag auf das öffentliche Eigentum und die Demokratie kann einfach nicht zugelassen werden. Man kann nicht sinkende Löhne und Beschäftigungsmöglichkeiten damit vereinbaren, dass immer mehr Geld zum Leben nötig sein soll. Das ist eine quantitative Unmöglichkeit. Und man kann das nackte Leben nicht an Profiteure ausliefern. Das ist eine qualitative Unmöglichkeit. Das Leben, seine Schaffung und



Wiederherstellung können nicht noch mehr kommerzialisiert und in eine Warenproduktion verwandelt werden. Hier hat auch die Globalisierung eine absolute Grenze erreicht, an der sie scheitern wird.

## **Gender matters**

### **Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten**

Von Christa Wichterich<sup>2</sup>

Die derzeitige Diskurs über die neoliberale Globalisierung verläuft in seinem männerdominierten Mainstream sowohl weitgehend geschlechterblind als auch in hohem Maße ignorant gegenüber jedweder Analyse mit einem feministischen Ansatz. Der folgende Beitrag beschäftigt sich exemplarisch mit einem Teil der globalen Transformationsprozesse, nämlich der Umstrukturierung von Arbeit, um den Schein der Geschlechtsneutralität von Globalisierungsprozessen zu dekonstruieren und zu zeigen, wo ihre Strukturen wie auch ihre Wirkung vergeschlechtlicht bzw. geschlechtsspezifisch und -differenzierend sind. Implizit wird darin die Frage verfolgt, ob die soziale Kategorie Geschlecht real noch wirksam und analytisch noch erkenntnistauglich ist. Ausgangsthese ist dabei, dass die Kategorie Geschlecht in diesen Prozessen einerseits höchst wirksam ist, andererseits gegenläufig auch eine Fragmentierung der Kategorie stattfindet.

Die Diskussion über die Inklusion von Frauen in den Prozess neoliberaler Globalisierung bewegt sich zwischen zwei konträren theoretischen Referenzsystemen. Feministische Ökonominen greifen den Mainstream-Ansatz auf und fordern sowohl ein engendering der Debatte als auch ein engendering von ökonomischen Politiken, von Strukturanpassungsprogrammen bis zu Gleichstellungsregularien für die Weltbank und Konzerne. Damit wollen sie die Kategorie Geschlecht als soziales Strukturmerkmal in eine geschlechtsblinde Debatte und in vorgeblich geschlechtsneutrale Politiken einbringen, um die Spezifika der Auswirkungen der Globalisierung und (vor allem makro-) ökonomischer Maßnahmen auf Frauen aufzuweisen. Ihre Analyse geschlechtsinduzierter Diskriminierungen und Marginalisierungen von Frauen ist interessen- bzw. herrschaftskritisch und orientiert auf eine Sensibilisierung der Politik gegenüber der realen Wirkkraft der systemischen und strukturierenden Kategorie Geschlecht (vgl. z.B. Elson 1991; Bakker 1994).

Demgegenüber hat der Dekonstruktivismus-Diskurs der gender-reflektierenden Akademia den erkenntnisgewinnenden Sinn der Kategorie in den neunziger Jahren immer wieder in Frage gestellt. Der aufklärerische Ausgangspunkt des post-modernen Feminismus war, dass Theoretikerinnen sowohl in nicht-weißen Frauenbewegungen als auch in entwicklungspolitischen Zusammenhängen sich gegen den hegemonistischen Gestus westlicher Feministinnen wandten, die homogenisierende Zuschreibungen gegenüber Frauen anderer Kulturen und der "Dritten Welt" schlechthin vornahmen und universelle Repräsentationsansprüche gegenüber dem Geschlecht Frau erhoben (Mohanty 1988; hooks 1984).

Postkoloniale Ansätze richten sich gegen solche Formen von Neokolonialismus mit dem Anspruch, universelle Geltungsansprüche, Essentialismen und westlich-hegemoniale Definitionen zu entlarven und zu kontern. Dabei beziehen sich Vertreterinnen dieses Ansatzes vor allem auf die semiotischen Sphären symbolischer und kultureller Kontexte und nur tangentiell auf die neoliberale Globalisierung als ökonomischen Prozess sowie den entsprechenden Diskurs. Im Gegensatz zum politikstrategischen Erkenntnisinteresse der Engendering-Debatte, die die Strukturförmigkeit der sozialen

---

<sup>2</sup> Dr. Christa Wichterich ist Soziologin und arbeitet als freiberufliche Publizistin und im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland

Ordnungskategorie Geschlecht herausarbeitet und auf Gemeinsamkeiten abhebt, ist das zentrale Anliegen der Dekonstruktion die Destrukturierung von Geschlechtsrollen und -bildern und ihre Differenzierung. Post-strukturalistisch sind ihr Gegenstand die häufig durch die Globalisierung forcierte Offenheit und individuellen Unterschiede von geschlechtsspezifischer Identitätsbildung und von Geschlechterbeziehungen. Ihr Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Spielräume für neue Deutungen und Aushandlungen der “Geschlechterrepräsentation” und -“performance”, für Individualisierungsstrategien und Pluralisierung der Lebensentwürfe.

Beide theoretischen Ansätze siedeln in der Kontinuität der Modernisierungs- und der Individualisierungsdebatte und stehen im Kontext der “Enttraditionalisierung” (Giddens) in der “zweiten Moderne” (Beck). Im folgenden soll zunächst – vom Boden eines strukturanalytischen Ansatzes aus – der Frage nachgegangen werden, ob die Umstrukturierung von Arbeit im ökonomischen und politischen Projekt der Globalisierung entlang geschlechtsspezifischer Linien erfolgt und inwieweit im Resultat neue vergeschlechtlichte Terrains auf den globalisierten Erwerbsarbeitsmärkten und in der Neuverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit entstehen; kurz: ob Geschlecht als Struktur- und Ordnungsprinzip sozial und ökonomisch wirksam ist.

### **Globalisierte Umstrukturierung von Arbeit**

Die neoliberale Globalisierung ist ein konkurrenzgetriebener transnationaler Prozess grenzvergessener Expansion und Intensivierung des Weltmarkts. Einer der integralen Mechanismen dieses Prozesses ist eine weltweite Umstrukturierung der Arbeitsformen und -verhältnisse unter fortschreitend deregulierten Bedingungen. Auf der Jagd nach Standortvorteilen erschließen und mobilisieren die global players, unterstützt von den “nationalen Wettbewerbsstaaten” (Hirsch), transnational die kostengünstigsten Arbeitskräfte und Beschäftigungsweisen, Technologien und natürlichen Ressourcen. Dabei werden die Vergesellschaftung und Vergeschlechtlichung von Individuen, die durch Arbeit bzw. Arbeitsteilung stattfindet, neu organisiert. Hier sollen zunächst drei Marktstrategien bzw. Umstrukturierungsperspektiven von Arbeit analysiert werden, die innerhalb des weltweit zunehmend sich differenzierenden Arbeitsmarkts Trends am Ende des Fordismus markieren und die sogenannte “Feminisierung der Beschäftigung” kennzeichnen.

### **Verlagerung in deregulierte Zonen**

Die erste Welle von Produktionsverlagerungen seit Ende der sechziger Jahre ist als post-koloniale Neue Internationale Arbeitsteilung in die Literatur eingegangen. Die exportorientierten arbeitsintensiven Industriebranchen der Freihandelszonen mit 70 bis 90 Prozent weiblicher Belegschaft – junge, unverheiratete Frauen mit einer Grundbildung – stellten einen neuen geschlechtsspezifischen Sektor des Weltmarkts dar. Eine wachsende Zahl von Frauen wurde in den Welterwerbsmarkt integriert, allerdings lediglich mit einem Zugang zu niedrig qualifizierter, gering entlohnter und aufstiegsarmer Beschäftigung. Meist schlossen sie geschlechtsspezifische Verträge ab, z.B. auf bis zu fünf Jahre, nicht verlängerbar, Heirat in diesem Zeitraum untersagt (Truong 1998: 11). Joekes (1982) sprach von einer “frauenorientierten Industrialisierung” durch die Exportproduktionszonen, Truong von einem “gendered miracle” in den Tigerländern Südostasiens. Die Analyse feministischer Sozialwissenschaftlerinnen konzentrierte sich zunächst auf die Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen dieses neuen weiblichen Kurzzeit-Proletariats und lehnte diese Form der Weltmarktintegration ab (vgl. z.B. Elson & Pearson 1981; Lim 1990). Dann wurde zunehmend auch das Transformationspotential und der Emanzipationseffekt der weiblichen Erwerbsarbeit für die Geschlechterverhältnisse, die dörfliche Herkunftskultur und die sozialen Bindungen untersucht (z.B. Heyzer 1988; Ong 1987).

In den neunziger Jahren fand ein neuer Verlagerungsschub von Produktionsschritten und -orten vor allem weg aus den boomenden Schwellenländern statt. Transnationale Konzerne ziehen sich aus den Ländern zurück, in denen Löhne und Lohnnebenkosten steigen und Gewerkschaften erstarken, und wandern in billigere Lohnregionen desselben Landes oder in Nachbarländer ab, um ihre Produktions-



kosten zu senken. Seit dem Kollaps der diversen real-sozialistischen Planwirtschaften von Vietnam über Bulgarien bis Tansania und unter dem Druck wachsender Auslandsverschuldung und IWF-konditionierter Strukturanpassung boten sich immer mehr bisher weltmarkt-periphere Länder für Investitionen an. Die so verdichtete Konkurrenz um Investoren und Produktionsaufträge hat die Praktiken regionalen Unterbietens verschärft, wobei in den vergangenen Jahren die sog. "Sonderwirtschaftszonen" in China oft beim Lohn- und Umweltdumping neue Niedrigstandards setzten. Mit zunehmenden Wahlmöglichkeiten für Niederlassungen und Auftragsvergabe entwickelten die transnationalen Firmen nicht nur eine neue Stufe unternehmerischer Mobilität und Verflechtung, sondern wandelten sich auch oft von einer Hersteller- zur bloßen Handelsfirma, vom dauerhaften Arbeitgeber zum immer flexibleren und willkürlichen Auftraggeber für einheimische Produzenten.

Nach ILO-Angaben sind derzeit 27 Millionen Menschen in etwa 850 Exportproduktionszonen beschäftigt, 80 bis 90 Prozent davon sind Frauen (ILO 1998). Der Standortvorteil, den die neuen Billiglohnländer ausspielen, sind erneut junge, flexible und gewerkschaftlich nicht-organisierte Frauen für die arbeitsintensive Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugfabrikation (vgl. zum Überblick Wick 1998). Waren es in den südostasiatischen Schwellenländern in den siebziger Jahren nur junge Frauen vor der Heirat oder ersten Schwangerschaft, die in diesen Verschleißindustrien wie ein natürlicher Rohstoff verheizt wurden, so sind es jetzt zunehmend auch verheiratete Frauen und Mütter, die je nach Bedarf und Auftrag eingestellt und auch wieder entlassen werden. Sie sind nicht mehr temporäre Zuverdienerinnen, sondern sichern mit ihrem Einkommen – zwar mit Kontinuitätsbrüchen, aber doch auf Dauer – einen wesentlichen Teil der familialen Existenz. Besonders in den Maquiladoras Zentralamerikas sind die Frauen häufig die Haupternährerinnen ihrer Familien. Aus der subjektiven Perspektive der meisten Lohnarbeiterinnen ist eine Beschäftigung in der Exportproduktion ein Gewinn, denn die gezahlten Löhne liegen im allgemeinen über denen der lokalen Fabrikation und des öffentlichen Dienstes (Joekes 1995: 26f).

Existenzsicherung übernehmen nicht nur die Arbeiterinnen an der globalen Werkbank, sondern ebenso die Frauen im Blumenanbau und der Krabbenproduktion für den Export und zunehmend die im globalen Büro. Denn nicht nur in der verarbeitenden Industrie, sondern auch in der arbeitsintensiven Dienstleistung fand im vergangenen Jahrzehnt eine Verlagerungswelle statt. Seit Mitte der achtziger Jahre waren zunächst Jamaika und andere Karibikinseln zu einer nachgeordneten Registrierkasse des US-amerikanischen Markts ausgebaut worden, wo Waren- und Versandhäuser, Banken und Versicherungen, Fluglinien und Gerichte ihre Leistungen buchhalterisch auf- und nacharbeiten lassen. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die staatliche Administration nutzten die weiblichen Arbeitskräfte in Billiglohnländern im Zuge der rapiden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien immer häufiger für computergestützte Datenverarbeitung und telekommunikativen Service. Europäische und japanische Unternehmen, Stadtverwaltungen und Behörden lagern inzwischen Teile ihrer Büros, Administration und Softwareentwicklung in Freihandelszonen und Teleports nach Malaysia, China, Indien und den Philippinen aus (Ng & Munro-Kua 1994). 80 Prozent der arbeitsintensiven, niedrig qualifizierten und gering entlohnten Büro- und Teletätigkeiten leisten Frauen, jedoch nur ein Viertel der hochqualifizierten Ingenieursarbeiten an Soft- und Hardware. Das bedeutet, dass auch der dezentralisierte arbeitsintensive Dienstleistungsbereich ein neues feminisiertes Segment des Weltmarkts ist.

Die Freihandelszonen – ob nun mit einheimischen Produzenten oder ausländischen Investoren – sind mit ihren mehrheitlich weiblichen Beschäftigten ein globalisierungstypisches vergeschlechtlichtes Terrain des Weltmarkts und immer noch Modell für deregulierte, liberalisierte Beschäftigungsverhältnisse. Doch angesichts der fortschreitenden allgemeinen Deregulierung sind sie als wirtschaftliche Sondergebiete ein Auslaufmodell (The World Bank 1992). Die deregulierte Ausnahme wird immer mehr zur Regel werden, für ganze Landstriche und Länder. Und dies keineswegs nur in den Ländern des Sü-

dens und Ostens, sondern auch – vgl. die Pläne für einen New Park in NRW – in den Metropolen des globalisierten Kapitalismus. Nach dem Scheitern des multilateralen Investitionsabkommens steht die Aushandlung der nächsten Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte unter dem Dach der WTO an.

### **Auslagerung und Informalisierung**

Deregulierung und Rationalisierung in den Ländern des Nordens, Privatisierung nach dem Konkurs der real-sozialistischen Ökonomien und die Marktintegration von nicht-formalisierten, sog. schattenwirtschaftlichen Arbeits- und Beschäftigungsformen in den Ländern des Südens haben weltweit eine Zunahme informeller und flexibler Arbeitsformen und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zur Folge. Gleichzeitig begünstigt das Anwachsen des Dienstleistungssektors die Informalisierung. Nicht die formalisierte, rechtlich und sozial abgesicherte Vollzeitbeschäftigung dehnt sich als Normalarbeitsform aus, sondern sie rutscht mit der Erosion des fordistischen Gesellschaftsvertrags weg. Stattdessen werden informelle Beschäftigungsverhältnisse und flexible Lohnarbeitsformen immer häufiger. Sie waren zunächst als "atypisch" und "feminisiert" diskreditiert worden, weil sie als Abweichung vom Modell der lebenslänglichen, gesicherten Lohnarbeit männlicher Familienernährer galten und den diskontinuierlichen weiblichen Erwerbsbiographien zugeordnet wurden (Standing 1989). Wiedereinsteigerinnen in den Erwerbsmarkt nach Geburt und Babypause favorisieren flexible Arbeit, um Beruf und Familienarbeit besser vereinbaren zu können (Maier 1997).

"Ein zentrales Charakteristikum der augenblicklichen Globalisierung ist das Ausmaß, in dem sie auf Frauenarbeit zurückgreift und sie flexibel nutzt" (Sen 1997: 11). Tatsächlich sind Frauen die Pionierinnen in diesen Arbeitsformen im Norden und stellen eine Mehrzahl in verschiedenen informellen Sektoren des Südens und Ostens. In dem oben beschriebenen intensivierten Unterbietungswettbewerb wird eine Dezentralisierung der verarbeitenden Industrie als Methode zur Produktionskostensenkung eingesetzt. Die Exportproduktion in der frauentypischen Bekleidungs- und Elektronikbranche entwickelt sich zunehmend zur Unterauftrags- und Zeitarbeitsfabrikation in kleinen Familienbetrieben, in Sweathops und Heimarbeit (Rowbotham & Mitter 1994: 18; Südwind 1997: 41ff). Diese Informalisierung unterläuft die Verrechtlichung, die auf nationaler und internationaler Ebene erkämpft wurde. Es entstehen in wachsender Zahl quasi rechtsfreie Räume in Klitschen, Kellern und Küchen, eine Hinterhof- und Straßenrandökonomie jenseits von Tarifen und Mindestlöhnen, von Sozialversicherung, Umweltschutz und Gewerkschaften. Je dezentraler und haushaltsnaher gearbeitet wird, desto niedriger die Löhne, desto unkontrollierbarer die Arbeitsbedingungen, desto weniger gewerkschaftliche Organisation, desto mehr Einsatz von Kinderarbeit (Wichterich 1998). In Süd-Korea und Taiwan konnte bei der Dezentralisierung der Industrie auf eine große Zahl kleiner Familienbetriebe zurückgegriffen werden, in denen Frauen häufig unterbezahlt, teils aber auch unbezahlt "mit"arbeiten (Truong 1998: 12).

Durch die Asienkrise, die zu massiven Einbrüchen im formalen Sektor geführt hat, verloren Millionen Exportarbeiterinnen, aber auch Bankangestellte ihren Job. In Korea haben viele teilweise bei denselben Firmen eine ungleich schlechter bezahlte, informalisierte Beschäftigung gefunden. In Thailand sind die meisten der Entlassenen aus Bangkok aufs Land zurückgekehrt (Die Zeit, 17.9.1998). Viele haben sich eine Nähmaschine angeschafft und verdienen nun als Zulieferantin für die Exportindustrie ein Einkommen – allerdings ein erheblich niedrigeres als zuvor in den Weltmarktfabriken. Die wenigen Alternativen liegen ebenfalls im informellen Sektor: Kleinhandel und Prostitution im eigenen Land oder eine Beschäftigung als Hausangestellte oder Sexarbeiterin nach der Migration in ein anderes Land. Jedenfalls nehmen die Frauen aufgrund ihres Verantwortungsgefühls für die Existenzsicherung der Familie sehr bald und schneller als die entlassenen und dadurch tief gekränkten Männer jede sich bietende Einkommensmöglichkeit im informellen Sektor wahr, auch wenn sie mit einer Dequalifizierung, einem Einkommens- und Prestigeverlust einhergeht. Für Heimarbeit bekommt eine koreanische Arbeiterin lediglich 26,3 Prozent des Lohns, den ein Fabrikarbeiter für die gleiche Arbeit erhält (Truong 1998: 13).

Diese geschlechtsdifferente Verarbeitung des Erwerbslosenschocks zeigt sich auch häufig in den osteuropäischen Transformationsländern. Wo der Bankrott der Staatsbetriebe zu Massenentlassungen führte, suchen viele – auch hochqualifizierte Frauen – nun Ein- und Auskommen im wild wuchernden informellen Sektor. Sie sind u.a. zentrale Akteurinnen in der neu entstandenen "Pendelökonomie", jenem transnationalen, semi-legalen Handel von Konsumgütern, die im Ausland gekauft und in großen Koffern und Taschen über Grenzen hinweg bis in die entlegensten Winkel für den Straßen- oder Wohnzimmerhandel transportiert werden. Manche verdienen sich das notwendige Handelskapital durch Gelegenheitsprostitution. Dieser grenzüberschreitende Kleinhandel hat sich ebenso in Afrika im Zuge der Liberalisierung zu einem stark expandierenden Wirtschaftssegment von Frauen entwickelt.

Auch in den Industrienationen hat sich der Formalisierungstrend umgekehrt: Sweatshop-, Verlags- und Heimarbeit sind keine aussterbende, sondern im Kontext von Strategien flexibler Spezialisierung nach dem Benneton-Modell in der Emilia Romana oder dem Just-in-time-Modell Toyotas in Japan eine aufstrebende Gattung von Lohnarbeit (Hosmer & Mitter 1994: 4f; Rowbotham & Mitter 1994: 16ff). Mit dem sukzessiven Abbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes werden sozial abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze in Abrufl-, Leih- und Teilzeitjobs hinuntergebrochen, was in der Regel mit einer monetären und sozialen Abwertung einhergeht. In den Niederlanden, in Großbritannien und teilweise auch in den USA ist dies die Ursache für das sog. "Jobwunder" (vgl. für Großbritannien Dingeldey 1999). In den USA sind die Expansion des Niedriglohnsektors und sinkende Reallöhne in diesem Bereich ein wesentlicher Grund für den gefeierten arbeitsmarktpolitischen Erfolg, wobei die Mehrzahl der auf dem Armutsniveau entlohnten Frauen sind (Kim 1999: 100ff). Angesichts einer hohen Dauerarbeitslosigkeit wurden befristete und flexible Arbeitsverträge gesetzlich abgesegnet wie in Spanien und Niedriglohnsektoren staatlich legitimiert und etabliert. Im Bündnis für Arbeit ist die Ausdehnung von Niedriglohnsegmenten ein zentrales Thema. Durch Beschäftigungsformen wie Scheinselbständigkeit und Telearbeit in Heimarbeit oder Call Centers werden Tarifgerüst, soziale Sicherung und Rechtsschutz aufgebrochen und unterlaufen.

In Deutschland haben Frauen in den vergangenen beiden Jahrzehnten zwei von drei der über zwei Millionen neu entstandenen Jobs bekommen, stellen 70 Prozent der Neu-Beschäftigten in Call Centers und 90 Prozent im freiberuflichen Gesundheitswesen (Frankfurter Rundschau, 3.4.1999). Der Trend, dass Frauen Beschäftigungsgewinnerinnen sind, wird sich in den nächsten Jahren in Europa nach dem rationalisierungs- und automatisierungsbedingten Abschmelzen der festangestellten Belegschaften von Banken, Versicherungen und Verwaltungen sowie im modernen Informations-, Kommunikations- und Technologiesektor fortsetzen – mehrheitlich Teilzeit- und Schichtarbeit, meist leistungsabhängig vergütet.

Schon jetzt sind 89 Prozent der Teilzeitarbeitenden in Deutschland Frauen, in der EU sind es 81,5 Prozent, in Japan 79 Prozent. In Holland sind 66 Prozent der beschäftigten Frauen Teilzeitarbeitende, aber nur 16 Prozent der beschäftigten Männer (Europäische Kommission 1998). Billiglohnjobs, von den Unternehmen als notwendige "Flexibilisierungsreserve" gefordert, werden zunehmend auch von hochqualifizierten Frauen wahrgenommen. Zu den informalisierten Zuarbeiterinnen der Märkte gehört zudem eine wachsende Zahl von Freiberuflichen, Selbstbeschäftigten und Ein-Frau-Unternehmen, die sich mit Hilfe einer Mikro-Finanzierung in die "Selbständigkeit" wagen.

Die neuen informellen und flexibilisierten, niedrig dotierten und rechtlich ungesicherten Tätigkeiten stellen ein geschlechtsspezifisch organisiertes und frauendominiertes Terrain in der globalisierten Flexiökonomie dar. Geringes Einkommen und keine Sozialversicherung übersetzen sich lebensgeschichtlich für diese Frauen in niedrige Renten oder sogar Altersarmut. Nach dem Ende des Fordismus ist Erwerbsarbeit in diesen neuen Formen von sozialer und existentieller Sicherung entkoppelt und führt zur Entstehung der neuen sozialen Klasse der working poor (Kim 1999; Dingeldey 1999).



Guy Standing (1989) von der ILO sah die globale Feminisierung der Beschäftigung sogar primär als Folge der Flexibilisierung von Arbeit. Inzwischen zeichnet sich allerdings ab, dass Männer Frauen in diese Arbeitsformen folgen werden. Es bilden sich keineswegs nur "Enklaven der Informalität". Vielmehr findet eine Flexibilisierung, Fragmentierung der Arbeitsprozesse und Vereinzelung der MarktakteurInnen statt. Erwerbsbiographische Abbrüche und Umbrüche, die für Frauen schon immer die Regel, für Männer aber die Ausnahme waren, werden jetzt zur gesellschaftlichen Norm, die "Flexploitation" (Bourdieu) zum Normalarbeitsverhältnis. Teilzeitige und flexible Beschäftigung kommen zwar dem Bedarf von Frauen nach einer Kombination von Reproduktions- und Erwerbsarbeit entgegen, schaffen jedoch weder Existenzsicherheit, in der Regel auch keine Zeitsouveränität und nur selten eine Optionalisierung, die sich an den Bedürfnissen der Frauen orientiert (Raasch 1998: 38ff).

### **Ethnisierte Unterschichtung**

Einige dieser informalisierten und abgewerteten Arbeitsfelder bilden nicht nur einen feminisierten, sondern auch einen ethnisierten Ökonomiesektor. Arbeitsmigration ist längst zu einem Strukturmerkmal der globalisierten Erwerbsarbeitsmärkte angewachsen. Anders als bei den überwiegend männlichen "Gastarbeitenden" der sechziger und siebziger Jahre, steht den MigrantInnen heute keine formelle Beschäftigung mehr offen, sondern lediglich informelle Jobs in einem beschränkten Spektrum von Marktsegmenten, das durch ihren Zustrom immer neu von unten aufgefüllt wird. Dies trifft vor allem für Sweatshop- und Heimarbeit, für Reinigungs-, Gastronomie- und Sexarbeit zu. Wirtschaftsniedergang und Krise wirken als Motor für Verschiebemechanismen, zuletzt die Asien- und die Rußlandkrise. Gleichzeitig prekarisieren Krise bzw. die chronische Wachstumsschwäche und der Arbeitsplatzabbau jedoch Akzeptanz und Arbeitsbedingungen in Aufnahmeländern und vergrößert das Risiko von Menschenrechtsverletzungen. Der illegale Status vieler Migrantinnen prädestiniert häufig gewaltförmige Arbeitsbeziehungen bzw. den Einbezug sexueller Gewalt in das Beschäftigungsverhältnis.

Dabei ist derzeit eine zunehmende Feminisierung der Migration feststellbar: aus den Philippinen, Sri Lanka und Indonesien wandern bereits mehr Frauen als Männer ab (Lin & Oishi 1996). 36 Prozent der Filipina, die als Hausangestellte tätig werden, haben ein Hochschulstudium absolviert, so dass die Arbeitsmigration für sie mit einer schmerzlichen Dequalifizierung einhergeht (ebd.: 6f). Von dieser Bildungsentwertung sind auch in hohem Maße Frauen aus Osteuropa betroffen, die in Westeuropa oder Asien als Dienstleisterinnen, Unterhaltungs- oder Sexarbeiterinnen tätig werden.

Das Migrationskarussell trägt nicht nur zur hierarchischen Umstrukturierung der Erwerbsarbeit bei, sondern führt auch zu einer partiellen Umorganisation der Reproduktionsarbeit. Sassen (1998) hat gezeigt, dass in den global cities die Nachfrage nach gelegentlichem, niedrig-qualifizierten und gering bezahlten Service wächst, der meist von Migrantinnen befriedigt wird. Berufstätige Mittelschichtfrauen delegieren ihre Haus- und Sorgearbeit unter minimaler Entlohnung an (oft illegale) Migrantinnen. Dadurch kehrt das "Dienstmädchen" in die Industrienationen zurück. Die meisten dieser Hausangestellten sind selbst Mütter und überlassen die reproduktive Arbeit mit ihren Kindern und in ihrem Haushalt weiblichen Familienangehörigen im Heimatland. Durch Frauenvermittlung per Katalog und Video hat sich außerdem ein Export weiblicher Arbeitskräfte in die Ehe entwickelt, der in Westeuropa und Japan die Krisensituationen in den ländlichen Heiratsmärkten nutzte.

Truong (1996) analysierte, dass die Fragmentierung reproduktiver Arbeiten und die Integration sexueller Dienstleistungen in den Lohnarbeitsmarkt seit der Verkopplung von Tourismus und Prostitution in den siebziger und achtziger Jahren einen enormen Schub in internationalem Maßstab erfahren hat. Grundlage dafür ist nicht nur die Mobilität von Geschäftsmännern und sextouristischer Kundschaft, sondern auch die Mobilität der Sex- und Unterhaltungsarbeiterinnen.

Hier sind die Ränder des informellen Sektors fließend und höchst durchlässig hin zur Illegalität. Mafiös strukturierte transnationale Märkte sind entstanden, auf denen Frauen bis hin zu sklavenhalterischen

Verhältnissen ausgebeutet werden. Es handelt sich nicht um kriminelle Nischen, sondern der Frauenhandel in die Prostitution, Ehe und illegale Beschäftigungen hat kommerzielle Dimensionen erreicht, die – mit geschätzten jährlichen Verdiensten von sieben Milliarden Dollar (UNDP 1999) – den Drogen- und Waffenhandel in den Schatten stellen und einen extremen Pol der Schutz- und Rechtlosigkeit von Arbeit auf dem globalisierten Markt darstellt.

Überall sind Migrantinnen funktional für die Deregulierung: sie unterschichten die Erwerbsarbeitshierarchie, weil sie eine niedrigere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Damit unterlaufen sie Tarifverträge, Mindestlöhne und Rechtsansprüche, die von den einheimischen Beschäftigten gewerkschaftlich ausgehandelt wurden. In Thailand z.B. lassen Unternehmer nun in Sweatshops entlang der Grenze zu Burma zigtausende illegale burmesische Wanderarbeiterinnen die T-Shirts und Chips produzieren, die früher in Bangkok Fabriken hergestellt wurden – zu einem Bruchteil der früheren Löhne (Newsweek, 12.7.1999).

### **Zur strategischen Bedeutung der Marktintegration von Frauen**

Die weltweite Umstrukturierung der Erwerbsarbeitsmärkte ist in doppelter Weise geschlechtsspezifisch organisiert: mehr Frauen in der Erwerbsarbeit und mehr "feminisierte" Formen der Arbeit. Diese doppelte Feminisierung der Beschäftigung markiert das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags (Young 1998). Post-fordistische Arbeitsverhältnisse werden mithilfe von Frauen durchgesetzt. Sie werden als ökonomie-strategisches Mittel – und dies zeigen die drei hier dargestellten Niedriglohnbereiche – zur Senkung bzw. Niedrighaltung der Lohnkosten und zur Durchsetzung ungeschützter, meist nicht existenzsichernder Arbeitsverhältnisse ohne gewerkschaftliche Organisation funktionalisiert. Ihre strategische Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Projekt neoliberaler Globalisierung liegt somit in ihrer instrumentellen Rolle für die Deregulierung der Arbeitsmärkte, indem Segmente neu vergeschlechtlicht und frauenspezifisch organisiert werden. Das heißt, dass die Umstrukturierung der Erwerbsarbeitsmärkte zu einem Teil entlang der sozialen Strukturkategorie Geschlecht verläuft. "Gender matters for capital" überschreibt Ursula Biemann ihr Video über die Arbeiterinnen in Ciudad Juarez, einer mexikanischen Exportproduktionszone an der US-amerikanischen Grenze.

Strukturmerkmale der ökonomisch niedrig bewerteten und marginalen Segmente, in die Frauen verwiesen werden, sind nicht nur die geringe Vergütung und die Verletzung sozialer und ökologischer Mindeststandards, sondern auch die häufige sexualisierte Gewalt, der die Frauen dort unterworfen werden: sexuelle Belästigung und Erpressung nach dem Lie-down-or-lay-off-Prinzip ist in den Weltmarktfabriken seit ihrem Bestehen eine inhärente Beschäftigungsstruktur, deren Abbau nur sehr langsam gelingt. Transnationale Kleinhändlerinnen müssen sich an Grenzen filzen lassen und die Halblegalität oder Illegalität ihrer Aktivitäten werden sexuell ausgebeutet. Auch bei gehandelten Frauen wird die durch illegale Einwanderung hergestellte Recht- und Schutzlosigkeit gewaltförmig und erbarungslos ausgenutzt. Bei den Opfern von Frauenhandel wie auch bei Sexarbeiterinnen und Migrantinnen, die als Hausangestellte tätig sind, erhöhen die Vereinzelung und Isolation das Risiko gewalttätiger sexueller Übergriffe. Die sexuellen Serienmorde an jungen, armen Arbeiterinnen in Ciudad Juarez sind exemplarisch analysiert worden als Rache von Männern an Frauen, die ihnen Job und Identität wegnehmen, als pathologischer Abgrenzungsakt von Männern in Arbeits- und Lebenswelten, die zunehmend herkömmliche Geschlechterordnungen umstülpen, aber auch als Folge der "gegenseitigen Durchdringung von Arbeitsmarkt und Sexualmarkt innerhalb dieser Wirtschaftsordnung" (Biemann 1999). Ökonomische Marginalisierung von Frauen wie auch rechtliche und organisatorische Ungeschütztheit inkorporieren Gewalt, und zwar sexistische Gewalt. Die ökonomische Akteurin Frau ist niemals von ihrer Körperlichkeit getrennt.

Frauen und Männer sind unterschiedlich in die neu strukturierten Arbeitsverhältnisse integriert. Die geschlechtsspezifische Inklusion verzerrt den Gewinn an Wohlstand und sozialer Sicherheit wie auch

das Armuts- und Gewaltisiko deutlich zuungunsten von Frauen. Die neue Vergeschlechtlichung von Arbeit aber wurzelt in der auf Ungleichheit basierenden Logik neoliberaler Globalisierung.

### **Strukturelle Veränderungsresistenzen**

#### **Soziales Konstrukt: Marktsegmentierung**

In diesen Markttransformationen bleiben jedoch auch Strukturen konstant. So zum Beispiel die geschlechtsspezifische Segmentierung der Erwerbsarbeitsmärkte (Anker 1998). Es unterliegt gesellschaftlicher Definitionsmacht, welche zielgerichteten menschlichen Tätigkeiten als Arbeit betrachtet werden, wie es markt- und geldwirtschaftlicher Definitionsmacht unterliegt, welche Arbeiten als "ökonomisch produktiv" im Bruttosozialprodukt gezählt werden. Ebenso ist die Vergeschlechtlichung von Berufen soziale Setzung, z.B. dass unbezahlte Nahrungsmittelzubereitung im Haushalt Frauenarbeit, professionelles außerfamiliales Kochen jedoch Männerberuf ist. Was als "männliche" oder "weibliche" Tätigkeit und Beruf gilt, sind jenseits biologischer Faktoren soziale Konstrukte und deshalb soziokulturell divergent. Entsprechend unterschiedlich ist die geschlechtsspezifische Zuweisung von Arbeitsmarktsegmenten. In Thailand ist die schwerste körperliche Arbeit im Baugewerbe "typische" Frauenarbeit, in Afrika war bislang Dienstleistung in der Gastronomie überwiegend Männerberuf und als Frauenarbeit negativ sanktioniert, weil automatisch Prostitution unterstellt wurde.

Wenn auch kulturell unterschiedlich geschlechtsspezifisch organisiert, so fungieren Berufe doch erstaunlich unverändert als Platzanweisungen für die Geschlechter: in Deutschland konzentrieren sich 80 Prozent der Berufseinsteigerinnen auf 25 von 376 Ausbildungsberufen, die meisten im Dienstleistungssektor (nach Angaben des DGB, Initiative "Frau geht vor", 4/1996). Das Tätigkeitsspektrum von Männern ist viel breiter (United Nations 1995: 70f). In Europa und anderen OECD-Ländern sind mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen im Verkauf, im Büro oder mit personenbezogenen Dienstleistungen beschäftigt (The Economist, July 18 th 1998). Von den Leitungspositionen an der Spitze der Wirtschaft bleiben Frauen dagegen nachhaltig und systematisch ausgeschlossen: ihr Anteil blieb seit vier Jahrzehnten konstant bei drei Prozent in den 500 führenden Unternehmen der Welt (ebd.).

Auf den Arbeitsmärkten setzt sich mit der Globalisierung der Marktwirtschaft eine Hegemonie westlicher Normierungen und Zuschreibungen durch. In den real-sozialistischen Ökonomien, wo geschlechtsuntypische Qualifizierung und Berufsausübung von Frauen häufig waren, findet derzeit eine Übernahme der beruflichen Geschlechtsstereotypen der westlichen Marktökonomie und eine entsprechende Segregation statt (Vershinskaya 1996). Der Dienstleistungssektor wird auch in Afrika, Süd- und Südostasien zunehmend feminisiert, wo dies vor zwanzig Jahren noch nicht der Fall war. In der Landwirtschaft – vor allem in Afrika – hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Feminisierung vollzogen, weil Männer in den modernen Sektor abwanderten. Dagegen wird die verarbeitende Fabrikindustrie infolge von Technologisierung und Automatisierung einerseits, der Sogwirkung des informellen Sektors andererseits tendenziell bereits wieder defeminisiert (Altvater & Mahnkopf 1997: 297ff).

#### **Geschlechtshierarchische Vergütung**

Die Hoffnung, dass die Umstrukturierungsprozesse eine Angleichung der Entlohnung von Männern und Frauen herbeiführen würden, hat sich nur sehr bedingt erfüllt (United Nations 1995: 70f). In den achtziger Jahren fand in einigen Ländern eine Reduktion des Lohngefälles statt, mit den größten Fortschritten in den Wachstumsökonomien Asiens und Lateinamerikas. Auf den Philippinen stiegen z.B. zwischen 1978 und 1988 Frauenverdienste von 70 auf 80 Prozent der Männerverdienste (Tzannatos 1996: 11), in Südkorea von 35 auf 51 Prozent (Truong 1998: 13). Ein allgemeiner Annäherungstrend lässt sich jedoch nicht ausmachen, in Sri Lanka, Chile und Bangladesh ist der Trend nach der längerfristigen Etablierung des Exportsektors wieder rückläufig (Joekes 1995: 28ff). In den Industrienationen öffnet sich derzeit erneut die Schere zwischen den Geschlechtern (nach Angaben des Deutschen



Verbands Berufstätiger Frauen, Frankfurter Rundschau, 18.10.1997 und AFL-CIO). In den osteuropäischen Transformationsländern vergrößerte sich beim Übergang zur Marktwirtschaft der Lohnunterschied.

Neben dem Geschlecht wirken Alter und Ethnie als wichtige Lohndeterminanten. In den USA verdient die durchschnittliche Erwerbstätige in der Stunde 74 Prozent ihres männlichen Gegenstücks. Das bedeutet, sie muß 15 Monate für den Betrag arbeiten, den er bereits nach einem Jahr erwirtschaftet hat. Afro-Amerikanerinnen erhalten nur 65 Prozent der männlichen Durchschnittseinkünfte, Latinas lediglich 57 Prozent (nach Angaben von AFL-CIO, 22.4.1998). Als Folge der diskontinuierlichen Erwerbsverläufe und der geringen Aufstiegsmobilität verdient eine Beschäftigte in den USA im Alter zwischen 16 und 24 Jahren 90 Prozent ihres männlichen Gegenstücks, Frauen im mittleren Alter nur noch drei Viertel und Frauen über Fünfzig nur 65 Prozent.

Das Prinzip geschlechtsspezifischer Lohnbildung wird nicht aufgebrochen. 14jährige Schülerinnen, die für die Erfüllung ihrer Konsumbedürfnisse Stundenjobs übernehmen, bekommen häufig für die gleiche Arbeit weniger als ihre Schulkameraden (Badische Zeitung, 17.8.1999). Mit demselben Automatismus ist die Bezahlung in den Arbeitsmarktsektoren niedrig, wo viele Frauen, aber wenig Männer arbeiten (Anker 1998: 22ff). Das heißt Arbeit unterliegt einer geschlechtsspezifischen Bewertung, die Frauenarbeit niedriger einstuft als Männerarbeit. Ein Grund ist, dass Einkommen von Frauen immer noch als Zusatz- und nicht-existenzsichernder Verdienst gelten, ein anderer, dass viele typisch weibliche Tätigkeitsfelder und Fertigkeiten haushalts- und sorgenah, damit nah an unbezahlter Reproduktionsarbeit sind. In Schweden und Deutschland sind Frauen vor Gericht gescheitert, die für ihre personenbezogene qualifizierte Arbeit Gleichwertigkeit und damit die gleiche Vergütung forderten wie für die technikgestützte Arbeit männlicher Kollegen (Frankfurter Rundschau, 11.4.1996). In Kanada entschied dagegen ein Gericht, dass in Behörden Männer in "typischen Männerberufen" zu Unrecht besser bezahlt wurden als ihre Kolleginnen in "typischen Frauenberufen" (Gunhild Gutschild in Frankfurter Rundschau, 7.11.1998).

Die Bewertungen und damit die monetäre Bemessung von Arbeit sind soziale Setzungen, denen es an objektiven Maßstäben fehlt. Der Markt nutzt für Lohndifferenzierung und Segmentierung der Erwerbsarbeitsmärkte vorgeordnete soziokulturelle und patriarchale Normierungen sowie Strukturen der hierarchisierten Sozial- und Geschlechterordnung. Dem Kapital ist es im Prinzip gleich, ob es Männer oder Frauen unterbezahlt, ob es auf ein zwei- oder mehrgeschlechtliches Regime zurückgreift. Es funktionalisiert Geschlechterdifferenzen wie auch ethnische und Altersunterschiede als soziale Ordnungsstrukturen für seine Gewinnstrategien, weil dies risikoarm ist. Männer in die Korridore zu den Chefetagen zu schleusen und Frauen die Niedriglohnsektoren zuzuweisen, stößt auf Akzeptanz in der patriarchalen Dominanzkultur und lässt keinen bedrohlichen Widerstand erwarten. Paradoxerweise ist der komparative Vorteil der Frauen auf den Erwerbsarbeitsmärkten die geschlechtsspezifische Entwertung und Unterbezahlung von Frauenarbeit und die fortgesetzte Unterstellung eines männlichen Ernährers hinter der erwerbstätigen Frau. Marktmechanismen vergeschlechtlichen Arbeit, Berufe und Arbeitsmarktsegmente zum Zweck der Hierarchisierung, Spaltung und Gewinnverbesserung. Sassen (1998: 203) sieht "hier eine Verwertungsdynamik am Werk, die den Abstand zwischen entwerteten und aufgewerteten Sektoren der Ökonomie beständig vergrößert."

### **Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung**

Enttäuscht wurde ebenso die Erwartung, dass weibliche Erwerbstätigkeit zu einer Neuverteilung von unbezahlter Versorgungsarbeit in Haushalt und Familie führen könnte. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung mit der Feminisierung der unbezahlten Versorgungsarbeit und der nachhaltigen Hausarbeitsabneigung und -abstinenz der Männer erweist sich als bedeutendste "patriarchale Dividende" (Connell), die strukturell wundersam intakt bleibt, auch wenn geringfügige Verschiebungen stattfinden. Das fordistische Familienmodell war ein genuin patriarchales Paradigma von Arbeitsteilung, mit dem

männlichen Ernährer, der für den Erwerb eines existenzsichernden Familienlohns von unbezahlter Reproduktionsarbeit freigesetzt war. Diese verrichtete seine nicht-erwerbstätige Ehefrau als Gegenleistung für die materielle Versorgung. Entsprechend patriarchal koppelte der fordistische Wohlfahrtsstaat soziale Sicherung an Erwerbsarbeit und Ehe. Der Niedergang von fordistischer Familie und fordistischem Staat hat deren Konstrukt geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung jedoch noch nicht aufgesprengt.

In europäischen und nordamerikanischen Haushalten, in denen beide Elternteile berufstätig sind, verbringen Mütter doppelt soviel Zeit wie Väter mit den Kindern und mit Hausarbeit. Veränderungen sind auch bei jungen Familien äußerst bedächtig. 79 Prozent aller deutschen Männer haben noch nie Wäsche gewaschen. In Doppelerwerbshaushalten in Japan wenden Frauen täglich drei Stunden für ihre zweite Schicht im Haushalt auf, Männer dagegen nur elf Minuten (Truong 1996). Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesh wenden zusätzlich zu mindestens zehnstündiger täglicher Lohnarbeit noch 31 Stunden pro Woche für Kinderbetreuung, Energie- und Nahrungsmittelbeschaffung sowie Kochen auf. Ihre Männer leisten dagegen nur 14 Stunden unbezahlte Arbeit wöchentlich für Tätigkeiten wie etwa Reparaturarbeiten am Haus (UNDP 1999: 97).

Die Zuweisung unbezahlter Reproduktionsarbeit an Frauen und das Problem der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit sind in den vergangenen Jahren noch einmal dadurch verstärkt worden, dass Staaten und Märkte ihr sozialen Kosten externalisieren. Infolge des weltweiten Sozialabbaus der Regierungen werden soziale Aufgaben an die Privathaushalte zurückverwiesen, in den westlichen Industrienationen mit der Demontage des sozialen Wohlfahrtsstaats, im Süden im Zuge von Strukturanpassungen und im Osten mit dem Kollaps der real-sozialistisch autoritären Versorgungsregimes. Frauen sind als Stoßdämpfer der Sparmaßnahmen eingeplant, individuell in den privaten Haushalten oder kollektiv in ehrenamtlichen Gruppierungen (Bakker 1997; Notz 1998).

In den strukturangepassten Ländern des Südens übernehmen Frauen produktive Arbeiten und Versorgungsleistungen in ihre unbezahlte subsistenzorientierte Ökonomie und in kollektive Auffangsysteme in Frauengruppen. Sie tragen das Hauptgewicht der sozialen Anpassungskosten durch Verlängerung und Intensivierung ihrer Arbeitstage. Selbsthilfegruppen betreiben – eingebettet in eine alt-neue moralische Ökonomie – schon seit langem Armutsbewältigung und Sozialmanagement, federn soziale Härten ab und organisieren das Überleben unter höchster Risikobelastung (vgl. für Westafrika Zdunek 1997: 160f).

Die staatsfeministischen Ansätze mit ihrer Anti-Diskriminierungspolitik, die die keynesianischen Sozialstaaten in Skandinavien entwickelten, um Frauen pro-aktiv vor Diskriminierung zu bewahren und ihre Erwerbschancen zu verbessern, sind durch soziale Kürzungen bedroht. Reprivatisierung vergesellschafteter und professionalisierter sozialer Dienste z.B. von Erziehungs- und Sorgetätigkeiten überantwortet das Vereinbarkeitsproblem wieder den einzelnen Frauen in ihrer Privatheit. In Schweden und Finnland, die trotz hoher Geburtenraten stets die höchste weibliche Erwerbsquote in Europa vorzuweisen hatten, ist die Frauenerwerbstätigkeit rückläufig, seit die Regierungen Schulmahlzeiten und Kindertagesstätten abbauen (Schunter-Kleemann 1997).

Werden soziale Aufgaben von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege nach dem Subsidiaritätsprinzip in die Privatsphäre delegiert, werden sie meist zur Frauensache. 80 Prozent ehrenamtlicher Sozialarbeit leisten in Deutschland Frauen (Notz 1998: 20ff), d.h. der staatliche Sozialabbau wird im wesentlichen durch eine Feminisierung sozialer Verantwortung aufgefangen.

Wie bei der Deregulierung der Arbeitsmärkte, so kommt Frauen auch beim Staatsumbau im Zuge der neoliberalen Globalisierung eine bedeutende systemische Rolle zu. Die Umstrukturierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit vollzieht sich zu einem substantiellen Teil durch eine modernisierte Vergeschlechtlichung von Arbeit. Die sozial konstruierte Kategorie Geschlecht hat eine real-ökonomische

Wirkkraft, weil entlang ihrer Achse die unterbezahlte Lohnarbeit und die unbezahlte Sozial- und Sorgearbeit organisiert wird. Neue geschlechtsspezifische Terrains werden in der globalisierten Marktökonomie geschaffen, alte verstärkt. Mithilfe der hierarchischen Geschlechterordnung werden die Arbeitsverhältnisse reorganisiert, und eben diese Geschlechterverhältnisse restrukturieren sich erneut selbst in eben diesem Prozess. Zweigeschlechtlichkeit und duale Geschlechterordnung sind dabei vor allem für das sozial konstruierte und immer wieder neu organisierte duale System von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit relevant.

[ . . . ]<sup>3</sup>

## Globalisierte Frauenarbeit in der Textilindustrie

Von Edith Laudowicz<sup>4</sup>

Überproportionale Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, ungleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen, unfairer Handel, fehlende Investitionen in die Infrastruktur, zunehmender Abbau sozialer Leistungen - dies sind nur einige wenige Schlagworte der Globalisierungsauswirkungen. Weltweit tragen die Frauen die Hauptlast dieser negativen Entwicklungen,. Sie sind es, die die gesellschaftlich nicht mehr finanzierten Sozialleistungen durch ihre Arbeit auffangen. Sie sind es, die sich dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Verdikt der „Flexibilisierung“ anpassen, indem sie sich aus geschützten Arbeitsverhältnissen in Minijobs mit geringerer sozialer Absicherung drängen lassen. Sie nehmen weltweit Arbeitsplätze zu Dumping-Konditionen an und leben getrennt von Familien und Kindern in Unterkünften, die hierzulande noch nicht einmal als Notbaracke gelten könnten und müssen zur Verfügung stehen, wenn immer die Auftragslage es erfordert. Sie sind es die weltweit der doppelt- und Dreifachbelastung ausgesetzt sind, die sie daran hindert, Qualifikationen zu erwerben oder eine kontinuierliche Erwerbsbiografie aufbauen zu können, die sie in die Lage versetzen würde, ihre Arbeitskraft zu besseren Bedingungen zu verkaufen.

Während Frauen in den hochentwickelten Industrieländern ihre bezahlte Erwerbsarbeit in der Textilindustrie verloren, entdeckten hiesige Hersteller die billige Arbeitskraft von Frauen in Zentralamerika, Asien und Afrika und in den letzten Jahren verstärkt auch in den osteuropäischen Ländern und der Türkei. Millionen von Arbeitsplätzen entstanden, in denen die anderswo entworfenen, gefärbten und zugeschnittenen Teile zusammengenäht werden. 80 – 90% der Beschäftigten sind Frauen, die meisten von ihnen als einfache Arbeiterin eingestellt, während die wenigen Männer die Vorarbeiterposten besetzen. Die „Ressource junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren“ ermöglichte einen unvergleichlichen Boom der Textilindustrie in den genannten Ländern.

Warum sind es gerade die Frauen, die weltweit den größten Anteil der Arbeitskräfte in den Produktionsstätten im Elektro- und Textilbereich in den Freihandelszonen, Sweatshops und der Heimarbeit ausmachen?

- Die weltweit agierenden Agrarkonzerne haben in vielen Ländern die Existenzgrundlage für die ländliche Bevölkerung enorm verschlechtert. So sind auch viele Frauen gezwungen, Erwerbsmöglichkeiten woanders zu suchen, die zum Unterhalt der Familie beitragen kann;
- ihre Verantwortung für Kinder und/oder Familienmitglieder oder aber als Alleinerziehend zwingt sie zur Annahme solcher Tätigkeiten, die allerdings häufig gegenüber anderen Arbeitsmöglichkeiten (oder aber der Prostitution) noch akzeptabler sind;

---

<sup>3</sup> Die Fortsetzung des Artikels und das ausführliche Literaturverzeichnis ist unter [http://www.attac.de/archiv/gender\\_matters.pdf](http://www.attac.de/archiv/gender_matters.pdf) zu finden.

<sup>4</sup> Clean Clothes Campaignerin von Terre des Femmes



- Die weibliche Sozialisation bringt die Fähigkeiten hervor, die diese Industrie verlangt, ohne dass eigene Qualifizierungsanstrengungen unternommen werden müssen - Geduld, Genauigkeit, Ausdauer, Geschicklichkeit, Feinmotorik;
- eine Beschäftigung bis zur Ehe/Mutterschaft ist für viele attraktiv und für die Unternehmen interessant – aufgrund der Arbeitsteilung gelten Frauen vorwiegend als Zuverdienerinnen;
- ihre relative politische Unerfahrenheit und in der Organisierung von Arbeitskämpfen ermöglicht einen möglichst reibungslosen Produktionsablauf;
- ihre hohe Arbeitsbelastung aufgrund familiärer Verpflichtungen erschwert Widerstand oder eine Organisierung; die patriarchale Struktur gewerkschaftlicher Gruppen ist zudem ein Hindernisfaktor für eine Organisierung;

Die Arbeit in der Textilbranche findet sowohl in Fabriken in den Freihandelszonen statt (oder Industriesonderzonen wie in China), in denen es Zoll- und Steuerbefreiung und häufig auch Ausnahmeregelungen zu geltenden Arbeitsgesetzen gibt. 1998 existierten ca. 850 Exportsonderzonen in denen ca. 27 Mio. Menschen beschäftigt waren. Die in den Fabriken und Kleinstunternehmen herrschenden Arbeitsbedingungen erinnern in vielen Aspekten an die Textilindustrie des ausgehenden 19. Jahrhunderts in England und Deutschland. Verallgemeinernd kann sowohl für die Arbeit in den Fabriken der Freihandelszonen, viele Fabriken in Asien, Afrika und Osteuropa, die nicht in gesonderten Zonen liegen als auch für die Sweat-Shops gesagt werden, dass

- erzwungene Überstunden die Regel sind
- gewerkschaftliches Engagement unerwünscht ist und sanktioniert wird
- Arbeitsnormen überhöht sind
- die Löhne häufig unter dem gesetzlichen Mindestlohn sind, in keinem Fall existenzsichernd
- Arbeits- und Mutterschutz unterlaufen oder gar gänzlich missachtet werden
- sexuelle Übergriffe oder Diskriminierungen häufig anzutreffen sind
- keinerlei langfristige Arbeitssicherheit besteht
- Arbeitssicherheit und –schutz kaum oder nur rudimentär eingehalten werden
- Krankenversicherungen nicht existieren, Arbeitsplatzverlust bei Krankheit eher die Regel ist
- andere Formen der sozialen Versorgung (Pausenräume, Essen u. Getränke, ausreichende und saubere Toiletten und Waschelegenheiten, Ruheräume, Transport) fehlen

Bei dieser Darstellung bleiben ökologische Aspekte der Produktion und Verarbeitung noch völlig unbeachtet. So sind viele Stoffe mit Chemikalien behandelt, mit denen die Frauen beim Nähen in Berührung kommen und die mit dem Textilstaub in der Luft herumfliegen.

### **Den Multis Schranken setzen – aber wie?**

Stellt frau sich die Frage, was denn gegen diese Entwicklung zu tun sei, besteht zunächst die Schwierigkeit, den tatsächlichen Anknüpfungspunkt und die richtigen Adressaten zu finden, der den Interessen der Betroffenen gerecht wird.

### **Einfuhrbeschränkungen**

Um Produktionsverlagerungen zu verhindern und damit Arbeitsplätze bei uns zu sichern könnte man auf die Idee kommen, mit Einfuhrbeschränkungen dafür zu sorgen, die einheimische Textilindustrie zu erhalten und die Konkurrenzware auszusperrten. Dieser Vorschlag ist tatsächlich schon sehr früh eingebracht worden, als sich in den 60er und 70er Jahren in verschiedenen dritte Welt Ländern die Textilindustrie zu entwickeln begann. Um das Eindringen von Billigprodukten zu erschweren wurde 1974



das Multifaserabkommen (MFA)<sup>5</sup> verabschiedet, welches Quoten für den Import einzelner Länder oder Ländergruppen regelt und Zollsätze regelt. Das MFA soll bis zum Jahre 2005 auslaufen. Das MFA - im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) geschlossen - stellt für exportorientierte Länder wie Pakistan, Indien, China die Türkei und Indonesien ein Handelshemmnis dar, da sie mehr exportieren könnten. Außerdem sind die Zollsätze aus Entwicklungsländern in Industrieländer fast viermal so hoch. Allerdings gibt es auch Möglichkeiten, diese Beschränkungen zu umgehen. So produzieren südkoreanische Firmen z.B. in Lateinamerika in den freien Exportzonen und verschaffen sich so erweiterten Zugang zum amerikanischen Markt.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Einschränkung der Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer zu einem realen Arbeitsplatzabbau dort führt. Deshalb lehnen TextilarbeiterInnen und ihre Organisationen in den betroffenen Ländern auch jede Art von Boykott oder Behinderung der einheimischen Industrie ab.

### **Textillabels**

Um zumindest die Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Textilindustrie zu reduzieren, gibt es die Überlegung, durch die Einführung von Textillabels auf die Hersteller einzuwirken, umweltverträglicher zu produzieren. Es gibt mittlerweile zahlreiche Firmen, die in diesem Bereich aktiv sind und eine Reihe von Öko-Labeln. Sie haben jedoch fast alle einen oder mehrere Haken:

Der Begriff „Öko“ ist nicht gesetzlich geschützt, und es liegt nahe, dass damit eine breite Palette von Möglichkeiten sich eröffnet. Wenn es uns nur darum geht, an unsere Haut möglichst wenig Chemie gelangen zu lassen, können Gedanken an Anbaumethoden und Entsorgung getrost außen vor bleiben. Sprechen wir jedoch von Konzepten zur Reduzierung des Einsatzes von schädlichen Chemikalien weltweit, kann uns dies nicht gleichgültig sein, ebenso wenig wie man Öko-Label akzeptieren kann, die auf Waren gepappt werden, die unter extrem ausbeuterischen Bedingungen entstanden sind. So sagt z.B. von Hand gepflückte Baumwolle nur aus, dass bei der Ernte keine Entlaubungsmittel eingesetzt wurden, nicht aber, dass im Anbau keine Pestizide eingesetzt wurden, noch weniger ob diese durch Flugzeuge über die auf den Feldern arbeitenden Menschen gesprüht wurden; der Ökotex-Standard 100 z.B. bezieht sich nur auf die industriell hergestellten Textilien, die mit Chemikalien veredelt wurden. Ausgeklammert bei diesen Labels bleiben die Anbaumethoden und soziale Produktionsstandards. Einen Versuch, beide Aspekte zu berücksichtigen, wird gegenwärtig mit der Firma Hess-Natur unternommen.

### **Sozialklauseln**

Neben diesen individuell abgeschlossenen Verhaltensvorschriften wird diskutiert, im Rahmen von Handelsabkommen Sozialklauseln einzuführen, die bestimmte Mindestbedingungen bei der Produktion gewährleisten sollen. Diese Diskussion wurde vor allem von den Regierungen der USA und Frankreich im Zusammenhang mit der Verlängerung des MFA eingebracht., das Europäische Parlament hat sich 1994 für die Einführung von Sozialklauseln ausgesprochen, wobei die Bundesregierung diese Verknüpfung ablehnt..

Gegen Sozialklauseln gibt es vor allem seitens vieler Entwicklungsländer Einwendungen. Sie werden als Einschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung interpretiert, als einen verschleierte Protektionismus verstanden, der den Waren aus den Industrienationen Vorteile sichern soll und ihre Möglichkeiten auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten, einschränkt. Ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit als Folge solcher Klauseln wird befürchtet. Außerdem wird eingewendet, dass gerade in den Staaten

---

<sup>5</sup> Multifaserabkommen, in Deutschland auch als Welttextilabkommen bekannt 20 Industriestaaten (incl) EG und 33 Entwicklungsländer, Ziele: entsprechendes GATT Ausweitung des Handels, Liberalisierung Steigerung der Wirtschaftl. u. sozialen Entwicklung durch Ausfuhrerlöse

die ILO Normen nicht ratifiziert haben, die die Basis der Sozialklauseln darstellen, diese dann auch nicht zur Anwendung kämen. Auch wird eingewendet, dass es sich um Normen, die an westlichen Wertvorstellungen orientiert sind, handelt, asiatische Arbeiter aber andere Rechte und Wertvorstellungen hätten.

Einige Entwicklungsländer empfinden die Festlegung sozialer und ökologischer Standards in Verknüpfung mit von Handelsabkommen als diskriminierend deshalb, weil dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt würde. Was vor dem Hintergrund ihres Entwicklungsstandes sicherlich ein berechtigtes Argument ist.

Gegen Sozialklauseln spricht auch, dass sie sich nur auf die im formellen Bereich Tätigen beziehen aber alle im informellen Sektor beschäftigten davon nicht profitieren. Dies ist ein gewichtiges Argument, wenn man bedenkt, dass in Indien und in Thailand mehr als 70% der Erwerbstätigen in diesem Sektor arbeiten und dass es außerdem die Tendenz seitens großer Firmen, Arbeiten an Subunternehmer zu vergeben, die dann diese an heimarbeitsähnliche Kleinstfirmen vergeben. Dies trifft z.B. auch für die Textilindustrie in Indien zu.

Sozialklauseln könnten auch nicht das Problem von Mindestlöhnen lösen, da jedes Land über eigene Systeme der Lohnabschlüsse verfügt. Gewerkschaften fordern, dass die Löhne zumindest so hoch sein sollten, dass damit Essen, Kleidung, Miete, Erziehung der Kinder und grundlegende medizinische Versorgung bezahlt werden kann. Dies ist bekanntlich bei den Löhnen im Textilbereich keineswegs der Fall. Offenbar gehen die Unternehmen davon aus, dass die jungen Frauen „Zuverdienerinnen“ sind, obwohl nachweislich in Zentralamerika Afrika und Asien viele Alleinstehende Frauen Kinder und/oder Familie noch mit versorgen müssen. Bei der Diskussion um Sozialklauseln muss darüber hinaus auch bedacht werden, dass frauenadäquate Sozialklauseln auch Mutterschutz, Sanktionsmöglichkeiten gegen sexuelle Belästigung und Kinderversorgung enthalten. Nicht zuletzt wird auch die Wirksamkeit von Sozialklauseln davon abhängen, ob es gelingt sie durchzusetzen und deren Einhaltung durch Kontrollinstanzen zu gewährleisten.

### **Verhaltenskodex**

1998 verabschiedete die ILO soziale Mindeststandards, die von 175 Staaten bislang unterschrieben wurden. Sie enthalten grundlegende Arbeitsrechte, die auch in dem von der CCC verabschiedeten Code of Conduct enthalten sind, jedoch auch darüber hinausgehen. Die Kampagne zielt auf Unterzeichnung dieses Codes durch die Firmen, die damit zugleich die Verantwortung für die gesamte Produktionskette übernehmen. Auf Druck der ILO, der Clean Clothes Campaign und anderer Aktivitäten haben zahlreiche Konzerne mittlerweile eigene Verhaltenscodices verabschiedet. Sie variieren sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung wie auch in der konkreten Umsetzung vor Ort. Obwohl in den von den Firmen verabschiedeten Verhaltensnormen viele Punkte Code of Conduct der CCC enthalten, weichen sie doch in vielen Punkten, vor allem dem des existenzsichernden Lohns, der Garantie gewerkschaftlicher Rechte und der Etablierung unabhängiger Kontrollinstanzen von den Forderungen der Kampagne ab.

Im Jahr 2000 hat SOMO, (Centre for Research on Multinational Corporations) in den Niederlanden eine Europäische Initiative zur Möglichkeit der Durchsetzung von Monitoring-System in 5 Ländern (Schweiz, Schweden, Großbritannien, Frankreich) gestartet. In der Schweiz haben die Firmen Migros, Veillon und Switcher einen vollständigen, sozialen Verhaltenskodex nach dem Vorbild der CCC eingeführt. Einen neuen Kodex eingeführt oder schwammige Formulierungen ausgemerzt und die Standards gemäss den ILO-Konventionen formuliert haben auch Calida, Coop, Jumbo, Manor, Vögele, Transa und Triumph. Die Schweizer CCC-Kampagne wertete ihre Erfahrungen aus: „Ein Erfolg war bereits die Tatsache, dass die drei Firmen Migros, Switcher und Veillon einen vollständigen Kodex einführten und die Kooperation mit der CCC eingingen. Das Pilotprojekt selbst war ein Testlauf für die

unabhängige Kontrolle. Dazu wurden nicht die besten und nicht die schlechtesten Betriebe ausgewählt. Entscheidend sind daher weniger die Resultate – die Kontrolle des Kodex auf der gesamten Breite steht erst bevor –, sondern folgende Fragen: 1. Ist das Modell anwendbar? 2. Wurden Anpassungen realisiert?

1. Sämtliche Schritte des Modells zur unabhängigen Kontrolle konnten tatsächlich angewendet werden, und zwar sowohl in Indien als auch in China. Besonders erwähnenswert ist der Einbezug südlicher NGOs und der Beschäftigten sowie die Schulungsprogramme. Die unabhängige Kontrolle gemäss dem CCC - Modell muss nun langfristig und in mehr Fabriken angewendet werden, damit sie effektiver ist.

2. Der Respekt der Arbeitsrechte war innerhalb der zwei Länder sehr unterschiedlich. Einzelne Verbesserungen wurden im Bereich Sicherheit und Gesundheit, bezüglich des Status der Beschäftigten (Anstellungsbriefe) sowie durch Maßnahmen gegen Diskriminierung realisiert. Ein eigentlicher Anpassungsplan wurde lediglich bei den Switcher-Lieferanten umgesetzt.

3. Es zeigte sich, dass dort, wo die Schweizer Firma ein entwickeltes Sozialmanagement hat, die Lieferanten besser kooperieren. Ernüchternd muss festgestellt werden, dass in den Betrieben mit größeren Problemen (Gehälter unter dem Mindestlohn, übermäßige Arbeitszeiten usw.) weniger Anstrengungen unternommen wurden und die Widerstände im Betriebsmanagement größer waren. Die Umsetzung des Kodex stellt besonders für Migros und Veillon eine große Herausforderung dar. Um diese Herkulesarbeit anzupacken, haben die Firmen neue Kapazitäten geschaffen: Bei Migros und Veillon wurden für die soziale Frage je eine neue Stelle geschaffen. Switcher verfügt seit zwei Jahren über einen Kodexverantwortlichen und geht nun einen Schritt weiter. Im chinesischen Betrieb finanziert Switcher einen mehrheitlich kooperativ, und die Befragungen fanden ohne Beeinflussung des Managements statt. Fehlende Personalakten und mangelhafte Lohnregister erschwerten die Arbeit im Pilotprojekt gelegentlich.“<sup>6</sup>

In Deutschland existiert ein Runder Tisch, der sich aus Vertretern von NGO's, der Bundesregierung, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften zusammensetzt.<sup>7</sup> Einen ersten Schritt in diese Richtung hat ein Projekt gemacht, das die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) als eine sog. Public-Private-Partnership (PPP) Kooperation vor einem Jahr ins Leben gerufen haben. Ziel des Projektes ist die gemeinsame Durchsetzung sozialer Mindeststandards<sup>8</sup> bei den Zulieferern der am Projekt teilnehmenden großen Unternehmen mit Hilfe der Einführung eines einheitlichen Modells. Bemerkenswert ist an dem Projekt die Einigung einiger Großunternehmen auf ein gemeinsames Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung von Sozialstandards im Rahmen eines Pilotprojekts, außerdem die Beteiligung von Unternehmen, die bislang gar nichts oder wenig für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards bei ihren Zulieferern getan haben (C&A, P&K). Insgesamt werden 2000 Zulieferer von Karstadt/Quelle, C&A, Otto, Metro, Deichmann und Peek & Cloppenburg in 15 Ländern geschult, um die Einhaltung von Sozialstandards zu gewährleisten und sie zu überprüfen. Ausgeklammert bleibt in diesem Projekt die Frage des existenzsichernden Lohns, sowie die Einbeziehung der gesamten Lieferkette, was aber in anbetracht der Vergabe vieler Aufträge an Subunternehmen, die wiederum Unteraufträge bis hin zu HeimarbeiterInnen vergeben, wichtig wäre. Kritikwürdig ist die beabsichtigte Vergabe der Kontrolle an ein Consultingunternehmen, bei dem die Einbeziehung von NGO oder Gewerkschaftern vor Ort nicht gewährleistet ist sowie die Tatsache, dass auch bei der Planung dieses Vorhabens schon die CCC

<sup>6</sup> ccc Schweiz, Newsletter Nr. 6, S. April 2003 siehe dazu: Mode, Macht & Frauenrechte, Terre des Femmes 2003, S.75

<sup>7</sup> [www.coc-runder-tisch.de](http://www.coc-runder-tisch.de)

<sup>8</sup> das Projekt beschränkt sich darauf, es werden keine existenzsichernde Löhne gefordert.



nicht einbezogen war,<sup>9</sup> sowie die Finanzierung dieses Projektes durch staatliche Mittel – eine Vorgehensweise, die die CCC ablehnt, da es sich hier um ureigenste Verantwortlichkeiten der Firmen handelt.

In vielen Ländern ist die Realisierungsmöglichkeit der in der Charta niedergelegten Rechte und ihrer Anwendung durch die Firmen die sie unterzeichnet haben, aufgrund undemokratischer Verhältnisse ein gravierendes Problem. Wie sollen etwa Beschäftigte in Ländern, in denen die Regierenden noch nicht einmal Interesse an der Einhaltung minimaler (eigener) arbeitsrechtlicher Standards haben, auf die Einhaltung der in der Charta garantierten Rechte dringen? In einigen Ländern existieren zwar relativ fortschrittliche arbeitsrechtliche Bestimmungen, dieser aber werden nicht angewandt und deren Missachtung nicht sanktioniert. In anderen Ländern gibt es kein oder nur ein rudimentäres Arbeitsrecht, das zudem nicht durchgesetzt wird. Solange in vielen Ländern persönliche/finanzielle Interessen an der Aufrechterhaltung von Freihandelszonen und den Weltmarktfabriken in so unverholener Weise die Durchsetzung demokratischer Minimalstandard konterkarieren, existieren für die Durchsetzung der in der Charta geforderten Rechte große Hindernisse und Widerstände. Hier müssen durch öffentlichen und politischen Druck Veränderungen u.a. durch Bedingungen, die an die Vergabe von Entwicklungsgeldern oder öffentliche Aufträge geknüpft werden, geschaffen werden.

### **Die Clean-Clothes Campaign<sup>10</sup> – Kampagne für saubere Kleidung**

Um dieser ungehemmten Ausnutzung vor allem weiblicher Arbeitskraft entgegenzutreten, hat sich in Holland seit 1990 Jahren die „Clean Clothes Campaign - Kampagne für saubere Kleidung“ entwickelt, die sich das Ziel setzt, eine breite Öffentlichkeit auf die Zustände in der Bekleidungsindustrie der Weltmarktfabriken aufmerksam zu machen. Ausgelöst wurden Aktionen durch eine Aussperrung in einer Bekleidungsfabrik auf den Philippinen, die für C & A produzierte. In Deutschland gab es ausgelöst durch Berichte südkoreanischer Arbeiterinnen Aktionen gegen die Adler Modemärkte, an denen sich u.a. Terre des Femmes aktiv beteiligte.

Durch die Macht kritischer Verbraucher und Verbraucherinnen soll ein Druck auf die großen Konzerne ausgeübt werden, damit sie die schon genannte Charta zur Einhaltung sozialer Mindeststandards unterzeichnen.

Gefordert wird in ihr das Recht auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Verhandlungen, ein Mindestalter bei der Einstellung, ein angemessener Lohn, d.h. der den notwendigsten Lebensbedarf abdeckt zumindest aber den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn entspricht., Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Arbeitsverträge und festgelegte Arbeitszeitregelungen sowie Verbot von Zwangsarbeit und Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht oder Rasse und das Verbot von Kinderarbeit. Von zentraler Bedeutung dabei sind auch gewerkschaftliche Rechte, die gerade in den Freihandelszonen außer Kraft gesetzt werden, oder aber in Staaten mit staatlichen Gewerkschaften (China) nicht eingefordert werden können.

Unabhängige Kontrollorgane, über deren Einrichtung und Arbeitsweise in der schon beschriebenen Form diskutiert wird, sollen über die Einhaltung der Charta wachen.

Die Aktivisten der Kampagne, die mittlerweile in Europa in 11 Ländern in den USA und in Australien aktiv ist, arbeiten in den Ländern mit Gewerkschaftsgruppen, unabhängigen Frauengruppen, Forschungseinrichtungen und kirchlichen Gruppen zusammen. Hauptziel ist, zum einen die Arbeitsbedingungen in einzelnen genau zu untersuchen, nach zu verfolgen für wen produziert wird um gegebenenfalls bei gravierenden Verstößen sofort durch Eilaktionen weltweit Druck ausüben zu können. Zum anderen bleibt es wichtig, gegenüber den Firmen direkt dokumentieren zu können, wie in den Firmen,

---

<sup>9</sup> vergl.: Was bringen Kooperation und Konfrontation, : Ascoly u.a. in: Mode Macht & Frauenrechte, a.a.O., S. 79ff.

<sup>10</sup> [www.cleanclothes.org](http://www.cleanclothes.org)



an die sie Aufträge vergeben, gearbeitet wird. Auf die großen Hersteller von Textil- und Sportbekleidung (u.a. Adidas, Nike, Puma, GAP, Hennes & Mauritz, Karstadt, Quelle, C & A, Benneton, Triumph, Auchan) wird mittels Unterschriftenaktionen, Verbraucherprotesten, Sit- und Go-ins, inszenierte Verbraucherrevolten, Protestaktionen von Sportlern, Gewinnung von prominenten UnterstützerInnen, öffentlicher Druck ausgeübt, der sie zum einen zum Unterzeichnen des Verhaltenskodex zwingen soll aber auch bei konkreten Fällen zum unmittelbaren Handeln auffordert.

Die Unterstützung hat für die Betroffenen vor Ort enorm große Bedeutung und hat schon in vielen Fällen zu Erfolgen (Wiedereinstellungen, Lohnnachzahlungen, Entschädigungen etc.) geführt. Sie hat auch eine stabilisierende Wirkung für die neu entstehenden Gruppen. So sind in vielen Ländern Frauengruppen entstanden, die sich nicht nur mit der Situation am Arbeitsplatz befassen, sondern auch mit der gesamten Lebenssituation der Frauen. In den letzten Jahren gab es regelmäßige Informationsreisen von Aktivistinnen aus Thailand, Sri Lanka, Indonesien, Bangladesch und Mazedonien nach Europa, um neue UnterstützerInnen zu gewinnen und über die aktuelle Lage zu berichten.

Für den Sommer 2004 ist angesichts der Olympischen Spiele die Fair-Play-Kampagne initiiert worden, an der sich die CCC, der DGB und Oxfam beteiligen.

Die Fair Play-Kampagne vereint ArbeiterInnen und KonsumentInnen weltweit, um die Sportbekleidungsindustrie zu einer veränderten Arbeitsweise zu drängen. In diesem Jahr sind die verschiedensten Veranstaltungen geplant, um auf das IOC und die Industrie Druck auszuüben, mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaftsorganisationen zusammen zu arbeiten. Das Ziel ist eine "sozial verantwortliche Beschaffungspolitik" und die Einlösung der von der Industrie gemachten Versprechungen.<sup>11</sup>

## **Globalisierung, Frauen und Widerstand 2001<sup>12</sup>**

Von Maria Mies

### **WAS HEISST GLOBALISIERUNG?**

In der öffentlichen Meinung ist der Begriff GLOBALISIERUNG mit meist positiven Gefühlen und Erwartungen verbunden. Da ist die Rede vom GLOBALEN DORF, in dem alle durch die neuen Kommunikationsmedien frei und in Windeseile mit einander in Verbindung treten könnten, wo die Güter der ganzen Welt schnell und billig überall zu kaufen seien und schließlich auch die Menschen sich ohne Hindernisse überall hin bewegen könnten. Viele Frauen teilen diese positive Meinung über den Begriff und hoffen, dass die Globalisierung ihre Chancen verbessern würde.

Ist diese Hoffnung gerechtfertigt?

Bei genauerem Hinsehen auf die weltweite Realität, die durch die neoliberale Globalisierung seit nunmehr etwa 20 Jahren geschaffen worden ist, verschwindet dieser Optimismus schnell. Er beruht nicht auf einer realistischen Untersuchung der heutigen Wirklichkeit, sondern auf einer Reihe von Mythen, um nicht zu sagen Propagandalügen, die von den Betreibern des weltweiten "Frei"handelssystems verbreitet werden. Die wichtigsten dieser neoliberalen Mythen sind folgende:

- Der globale Freihandel mit allem und jedem ist das beste Mittel überall Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und so Wohlstand, Gleichheit, Freiheit und Demokratie durchzusetzen. Kein Staat soll diesen globalen Freihandel durch irgendwelche Gesetze und Maßnahmen einschränken, um be-

---

<sup>11</sup> [www.fairolympics.org](http://www.fairolympics.org)

<sup>12</sup> Aufsatz von 2001



stimmte Bereiche seiner Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Er soll vor allem alle den freien Handel beschränkenden Regeln liberalisieren und deregulieren .

- Das Wichtigste ist die Konkurrenz aller gegen alle. Nur durch allgemeine Konkurrenz wird sich die Leistungskraft einzelner Individuen, einzelner Firmen, einzelner Kommunen, einzelner Länder entfalten und "wie durch eine unsichtbare Hand" zum größten Reichtum aller beitragen.(Adam Smith 1978)
- Wenn die Kleinen mit den Großen konkurrieren, wird ein "ebenes Spielfeld für alle geschaffen." Oder, um ein anderes neoliberales Bild zu benutzen: "Wenn das Wasser steigt, werden nicht nur die großen und reichen Yachten angehoben, sondern auch die kleinen Fischerboote"
- Die wichtigsten Mittel, diese weltweite Freihandelspolitik durchzusetzen sind: Globalisierung, Liberalisierung (Deregulierung) und Privatisierung (GLP-Politik) In fast allen Ländern der Welt wird diese GLP- Politik heute nicht nur von den großen multinationalen Konzernen gefordert, sondern auch von den Regierungen, und sogar von den Oppositionsparteien als die einzige mögliche Wirtschaftspolitik akzeptiert und durchgesetzt.

Margaret Thatcher, die Eiserne Lady in England setzte diese Politik 1979 als erste Regierungschefin in Europa durch. Sie prägte den berühmt gewordenen Slogan: ES GIBT KEINE ALTERNATIVE :THERE IS NO ALTERNATIVE (TINA). Seither herrscht dieses TINA-Syndrom in der ganzen Welt. Sowohl der sozialdemokratische Nachfolger Thatchers, Tony Blair als auch die sozialdemokratisch/grüne Regierung Schröders glauben an TINA.: Es gibt (angeblich) keine Alternative zum globalen Freihandelssystem? Was heißt Globalisierung jedoch wirklich?

Hier die beste und klarste Definition des Begriffs "Globalisierung", die ich bisher gefunden habe. Sie stammt von Percy N. Barnevik, dem ehemaligen Verwaltungspräsidenten der Asea 2 Brown-Boveri (ABB)-Gruppe, einer der mächtigsten transnationalen Konzerngruppen der Welt:

*"Ich würde Globalisierung als die Freiheit für meine Gruppe von Unternehmen definieren, zu investieren, wo und wann sie sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will und die möglichst geringsten Restriktionen zu unterstützen, die aus Arbeitsgesetzen oder anderen sozialen Übereinkünften resultieren." (zit.von Peter Niggli in: Tages-Anzeiger, 15. Jan. 2001)*

Dass diese absolute "Freiheit der Konzerne" nicht durch internationale Übereinkünfte wie die der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), durch staatliche Arbeits- und Umweltgesetze eingeschränkt wird, dafür sorgen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) durch ihre Strukturanpassungsprogramme (SAPs). Seit 1995 wacht vor allem die Welthandelsorganisation (WTO) über die Einhaltung der bisherigen weltweiten Freihandelsabkommen. Diese drei Institutionen fördern nicht die Interessen der Mehrzahl der Weltbevölkerung, sondern die der großen Transnationalen Konzerne. Die drei Hauptsäulen ihrer Wirtschaftspolitik sind: GLOBALISIERUNG, LIBERALISIERUNG, PRIVATISIERUNG (GLP).

### **GLOBALISIERUNGSGEWINNER - GLOBALISIERUNGSVERLIERER**

Dabei hat sich nach etwa zehn Jahren globaler Freihandelspolitik herausgestellt, dass die unbeschränkte Freiheit und extrem gestiegener Reichtum einiger Multis und einzelner Personen erkaufte wurde mit zunehmender Unfreiheit und wachsender Armut der meisten Menschen in der Welt. Diese Kluft ist seit den achtziger Jahren nicht nur zwischen reichen und armen Ländern heute größer geworden, sondern auch innerhalb aller Länder, die dieser neoliberalen Globalisierungspolitik freiwillig oder unfreiwillig gefolgt sind. Die Schere zwischen dem obersten Fünftel und dem untersten Fünftel der Gesellschaft ist überall weit aufgegangen. Das gilt nicht nur für die armen Länder der Welt, wo Weltbank und IWF durch ihre Strukturanpassungsprogramme den Regierungen die GLP- Politik aufgezwungen haben. Es gilt auch für die reichsten Länder der Welt: USA, England, Deutschland und andere. UNO-Organisationen und selbst die Weltbank geben zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm durch die Globalisierung in den vergangenen Jahren enorm gewachsen ist. Hier einige Zahlen:

1997 war im Jahresbericht der UNCTAD zu lesen, dass “die Globalisierung in ihrer jetzigen Form verantwortlich ist für einen dramatischen Anstieg der Ungleichheit in der Welt. 1965 war das persönliche Durchschnittseinkommen in den G7 Ländern, den reichsten sieben Ländern, 20 mal so hoch wie das in den sieben ärmsten Länder der Welt. 1995 war diese Differenz 35 mal größer. Auch innerhalb der Länder wächst die Kluft zwischen den Einkommen und die Polarisierung. Der Anteil am Reichtum, der von den oberen 20 Prozent der Bevölkerung eingesackt wird, ist in den meisten Ländern seit 1980 gestiegen.” (vgl.Mies 2001 S.83)

Hier einige Zahlen aus den USA: In den achtziger Jahren erhöhten die oberen zehn Prozent der amerikanischen Familien ihr Einkommen um 16 %, die oberen fünf Prozent um 23 %. Doch das allerbeste ein Prozent hatte ein Einkommenswachstum um 50%. Demgegenüber sanken die Einkommen der 80 Prozent auf den unteren Rängen der Gesellschaft. Die untersten zehn Prozent der Bevölkerung verloren 15 % ihrer bereits mageren Einkünfte. Sie sanken von 4.113 Dollar im Jahr auf 3.504 Dollar.(George 1999,S.4 ff)

Das amerikanische Institute for Policy Studies hat nachgewiesen, dass die Durchschnittslöhne in den USA seit 25 Jahren um 10 Prozent gesunken sind. Der Reichtum der 475 Milliardäre der Welt ist gleich dem Einkommen von 50 % der Weltbevölkerung. Von den 100 größten Ökonomien der Welt sind 52 Konzerne. Nur 48 sind Länder.(Barker et al 1999) Ähnlich sieht die Entwicklung in England und auch selbst in Deutschland aus. Die Caritas stellte schon 1999 fest, dass die Kluft zwischen den Reichen in den oberen Rängen der Gesellschaft und den zehn Prozent am unteren Ende noch nie so groß war wie seit der Globalisierung. Inzwischen liegt der Armuts-Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) vor, der zu den gleichen Schlüssen gekommen ist.

Allerdings führt weder die Weltbank noch die Bundesregierung diese wachsende Polarisierung auf eine falsche Wirtschaftspolitik zurück, eben die globale Freihandelspolitik, sondern auf fehlendes Wachstum und andere Faktoren.

In der Dritten Welt ist die Kluft zwischen den Globalisierungsgewinnern und den Globalisierungsverlierern natürlich noch dramatischer. Denn hier bedeutet Globalisierung für viele Menschen einfach, dass ihr Überleben bedroht ist. Das Eindringen großer multinationaler Konzerne in die Landwirtschaft dieser Länder konkurriert die Kleinbauern zugrunde. Die Lieferung von Agrarüberschüssen aus den USA und der EU in diese Länder zu Schleuderpreisen vernichtet Millionen von Kleinbauernexistenzen, die aber dann auch keinen alternativen Arbeitsplatz in der Industrie finden. Die Gentechnik, gekoppelt mit den WTO-Bestimmungen über den Schutz des Intellektuellen Eigentums (TRIPs) und die neuen Patentrechte enteignen die Menschen in der Dritten Welt ihres traditionellen Wissens, machen dieses Wissen zum patentgeschützten Privateigentum einiger Konzerne, die dann neue Produkte auf den Markt bringen und Riesenprofite machen.(Mies/Shiva 1995, Mies 2001) Gleichzeitig wird die biologische Vielfalt dieser Länder durch die Monokultur zerstört, die diese Agrarmultis in diese Länder einführen.

Die ökologischen und sozialen Folgen der Globalisierung der Wirtschaft haben in Indien zu ganzen Epidemien von Selbstmorden von Bauern geführt, die zunächst den Versprechungen des Agrobusiness geglaubt haben, z. B. dass gentechnisch manipulierte Baumwolle produktiver sei. Der Anbau dieser Baumwolle war eine einzige Katastrophe, viele Bauern machten bankrott und sahen nur noch einen Ausweg im Selbstmord.

Es sind jedoch nicht nur die Regeln des durch die WTO geschützten Freihandels, der Millionen von Bauern weltweit in den Ruin, in die Verzweiflung und in den Selbstmord treiben. Auch die Struktur Anpassungsprogramme der Weltbank und des IWF, die den verschuldeten Ländern aufgezwungen werden, folgen der selben neoliberalen Wirtschaftspolitik und haben ähnliche Auswirkungen. Die Regierungen dieser Länder müssen ihre öffentlichen Ausgaben für Schulen, das Gesundheitswesen und andere soziale Aufgaben reduzieren. Sie müssen ihre Tore für Importe und Investoren aus den rei-

chen Ländern öffnen, was meist zum Ruin kleiner einheimischer Betriebe führt. Sie müssen oft ihre Währung abwerten, die Löhne der Arbeiter müssen gesenkt werden, staatliche oder halbstaatliche Betriebe müssen privatisiert werden, die Landwirtschaft muss auf Exportproduktion umgestellt werden. Also: Anstatt Nahrung für die eigene Bevölkerung anzubauen, müssen die Bauern Kenias oder Kolumbiens oder Indiens Blumen für den europäischen Markt anpflanzen. In Thailand und Indien mussten sie gutes Reisland zu Anlagen von Garnelenfarmen nutzen. Die Folge dieser Exportproduktion ist, dass die Nahrungsmittelpreise im eigenen Land steigen, dass der Hunger zunimmt, dass die Umwelt vernichtet wird und dass die Arbeitslosigkeit steigt.

In einem Bericht aus Sambia ist zu lesen: Die Leute sterben einfach.

Nach Einführung der Strukturanpassungsprogramme des IWF wurden staatliche Krankenhäuser privatisiert.“ Im größten Krankenhaus von Lusaka werden nur noch die ärztlich betreut, die in der privaten Abteilung liegen und eine Voranzahlung von 36 US Dollar zahlen können.... Die Mehrzahl der Menschen kann sich diese medizinische Versorgung nicht leisten. Sie sterben einfach zu Hause. Die SAPS haben auch dazu geführt, dass die Zahl der Kinder, die noch lesen und schreiben können, drastisch gesunken ist, von 99% auf 77%.” ( Lynas 2000, zit. in Mies 2001,S.76)

In einem Bericht über Tansania steht, dass 1980 noch 80 % der Kinder zur Grundschule gingen, heute sind es nur noch 50 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen war in den siebziger Jahren 309 US Dollar, nach Einführung der SAPs sank es auf 160 Dollar. Die Regierung gibt nur noch 1 Prozent ihres Budgets für das Gesundheitswesen aus. Wer wagt nach solchen Berichten noch zu sagen, dass die Politik der Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung ein Segen sei? Dass sie ein “ebenes Spielfeld schaffe”?

### **FRAUEN: DIE OPFER UND PFEILER DER GLOBALISIERUNG**

Es liegt auf der Hand, dass in den armen Ländern die Frauen, vor allem die der ärmsten Schichten, die Mehrzahl der Opfer der Globalisierung sind. Doch nicht nur in den armen Ländern sind vor allem Frauen von den negativen Folgen der Globalisierung betroffen. Auch in Europa erfahren Frauen, dass der Sozialstaat zunehmend abgebaut wird, dass ihre Hoffnungen auf Gleichberechtigung nicht erfüllt werden, dass sie die ersten sind, die bei Kündigungen gefeuert werden, dass die Frauenarbeitslosenquote weit höher liegt als die der Männer, dass sie trotz hervorragender Ausbildung keine Aussicht mehr auf einen angemessenen und entsprechend bezahlten Arbeitsplatz haben, dass die so “Überqualifizierten” aber auch keinen Anspruch auf einen gesicherten Arbeitsplatz in einer geringeren Gehaltstufe haben, dass die Löhne und Renten von vielen Frauen keinesfalls existenzsichernd sind und dass sehr viele junge aber auch ältere Frauen keine andere Wahl haben als ungeschützte (hausfrauisierte) Beschäftigungen im “Informellen Sektor” zu akzeptieren. D.h. sie müssen als Honorarkräfte, Stundenhilfen, Zeitarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen usw. arbeiten. Mehr und mehr Frauen landen bei der Sozialhilfe oder in der Prostitution und verarmen zunehmend. Außerdem werden überall die Gelder für Frauenprojekte, die die Feministinnen gegründet haben, gestrichen. In dem Armuts-Reichtums-Bericht der Bundesregierung wird nicht nur klar, dass die Polarisierung zwischen Oben und Unten auch in Deutschland zugenommen hat, sondern auch, dass hier, wie in anderen Ländern, die Armut vor allem weiblich ist.

### **OHNE FRAUEN KEINE GLOBALISIERUNG**

In den Analysen über diese weltweite und nationale Verschlechterung der Situation von Frauen wird inzwischen zugegeben, dass sie die hauptsächlichen Opfer der Globalisierung sind. Die Verschlechterung ihrer Situation wird jedoch meist der verfehlten Familien –oder Sozialpolitik der jeweils herrschenden Regierung angelastet. Auch Frauen stellen die Globalisierung als solche meist nicht in Frage sondern erwarten positive Impulse von ihr. Wer jedoch diese Verschlechterung auf dem Hintergrund der globalisierten Wirtschaft analysiert und die Ergebnisse dieser Politik nach etwa zwanzig

zig Jahren betrachtet, kann nichts Positives von der Globalisierung für Frauen erwarten. Was nicht heisst, dass nicht auch EINIGE Frauen überall zu den GlobalisierungsgewinnerInnen gehören. Das kann aber niemals die Mehrzahl der Frauen sein.

Warum ist das so?

Frauen sind nicht nur weltweit die OPFER der Globalisierung. Sie waren und sind vielmehr absolut notwendig, um die Globalisierung der Wirtschaft mit ihrer GLP-Politik durchzusetzen und weiter aufrecht zu erhalten. Schon in den frühen siebziger Jahren sah ich eine Anzeige der haitianischen Regierung. Darauf war das Photo eines hübschen jungen Mädchens. Die Unterschrift lautete:

“Sie ist bereit für 1 DM pro Tag für Sie zu arbeiten. Und viele ihrer Freundinnen ebenso.” Mit dieser Anzeige bot die Regierung Haities ihre jungen Frauen deutschen Investoren für einen Hungerlohn an. Bei diesem Photo war die Verbindung zwischen Arbeit und Prostitution sofort klar. Doch nicht nur die Regierung Haitis hat ihre jungen, Frauen dem internationalen Kapital wie ein Zuhälter angeboten. Das selbe geschah in Südkorea, in Malaysia, in Thailand, später auch in Bangladesh, Mexiko, auf Mauritius, in Kolumbien, in Vietnam und China und vielen Ländern der “Dritten Welt”, wo das westliche Kapital die billigsten, die gefügigsten und gehorsamsten Arbeitskräfte sucht. Wohin es seine Textilindustrie, Elektronikindustrie, Spielzeugindustrie, Schuhindustrie, kurz alle Industrien mit großer Arbeitsintensität hin verlegte. Die Regierungen dort waren bereit, sog. “Freihandelszonen” oder “Freie Produktionszonen” (FPZs),- in Polen nennt man sie heute “Sonderwirtschaftszonen”- einzurichten, in denen das Kapital genau die Freiheit hat, die Herr Barnevik in seiner Definition der Globalisierung gefordert hat. Die ausländischen Firmen brauchen keine Arbeits- oder Arbeitsschutzgesetze zu beachten. Sie brauchen sich um Umweltschäden nicht zu kümmern, sie können ihren Gewinn zu 100% aus dem Land heraus transferieren. Sie brauchen keine Vorprodukte aus dem Land zu benutzen. An der mexikanischen Grenze heißen diese Sonderwirtschaftszonen Maquiladoras. Die Arbeitskräfte in diesen Maquiladoras oder FPZs sind bis zu 90 Prozent junge, unverheiratete Frauen. In diesen FPZs dürfen keine Gewerkschaften existieren, es gibt keinen Minimallohn. Die Arbeitszeit kann bis zu 14 Stunden am Tag dauern, mit Schichtarbeit bis zwei Uhr nachts. Unbezahlte Überstunden sind die Regel. Die Arbeiterinnen haben kaum Zeit zum Klo zu gehen. Manchmal werden sie sogar eingesperrt, bis sie ein bestimmtes Quantum an Produkten fertiggestellt haben. Sexuelle Belästigung und Gewalt durch die männlichen Aufseher sind an der Tagesordnung (vgl. Mies 1988)

## **GLOBALISIERUNG UND HAUSFRAUISIERUNG**

### **KEINE GLOBALISIERUNG OHNE GEWALT GEGEN FRAUEN**

Es ist klar, warum die transnationalen Großkonzerne fast nur junge, unverheiratete Frauen anheuern. Sie brauchen dann keinen Mutterschaftsurlaub zu zahlen, die jungen Frauen kennen ihre Rechte noch nicht, sie haben “geschickte Finger” und sind “gefügig”. Sie haben alle schon Hausfrauentätigkeiten gelernt, wie z.B. nähen. Wenn sie heiraten, werden sie entlassen und durch neue ersetzt. Sie sind zufrieden mit Löhnen, die Männer nie akzeptieren würden. All dies sind jedoch keine eigentlich weiblichen Eigenschaften.

Die Vorliebe des internationalen Kapitals für junge Frauen aus dem Süden liegt daran, dass Frauen weltweit zu Hausfrauen definiert worden sind. Eine Hausfrau zu sein heißt, einen männlichen “Ernährer” zu haben, der einen Lohn oder ein Gehalt verdient. Der Verdienst einer Frau gilt darum überall als ZUSÄTZLICH zum Lohn des “Ernährers”. Er ist darum nirgendwo dem Männerlohn gleich. In Deutschland beträgt er heute 70% des Männerlohns. Wir sehen also: Die optimale Arbeitskraft für das globalisierte Kapital ist nicht der männliche Lohnarbeiter, nicht das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, sondern die junge Frau im Süden, die wie eine Hausfrau behandelt wird.

Die Unternehmen sind an jungen, hausfrauisierten Frauen interessiert, weil die Hausarbeit in unserem Wirtschaftssystem gratis ist. Sie wird behandelt wie ein Freies Gut, wie Luft und Sonnenschein, die

einfach immer vorhanden sind. Diese Arbeit fließt angeblich “natürlich” aus dem Körper der Frauen. Das Kapital braucht sie nicht zu bezahlen. Sie ist unsichtbar, sie wird im Bruttosozialprodukt nicht berechnet. Für die Ökonomen existiert sie nicht. Keine Gewerkschaft kümmert sich um Hausarbeit oder Hausarbeiterinnen. Dies ist auch der Grund, warum heute Heimarbeit z.B. Teleheimarbeit auch in den Industrieländern wieder zunimmt. Die Frauen können dann sowohl ihre Familie und ihre Kinder gratis versorgen. Zusätzlich sind sie die billigsten, atomisierten, unorganisierten Produktionsarbeiterinnen. Die Firmen brauchen diesen Arbeiterinnen und Arbeitern (inzwischen werden auch Männer in diesem Sinne hausfrauisiert Vgl. v.Werlhof 1983) keine Arbeitslosenversicherungen und andere Sozialleistungen zu zahlen.

All dies kann man strukturelle Gewalt gegen Frauen nennen.

Doch die Globalisierung hat auch die direkte Gewalt gegen Frauen allgemein erhöht. Das bedeutet nicht nur die Zunahme von Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen, Morden und Entführungen von Mädchen und Kindern überall im Süden sowie in unseren “zivilisierten” Gesellschaften, sondern auch die direkte Vermarktung dieser Gewalt. Sie erfolgt nicht nur durch die Porno- und Sexindustrie, wo sado-masochistische Praktiken zunehmen, sondern auch durch die Spielzeugindustrie, die Medien und die Werbung. Gewalt gegen Frauen ist heute wirtschaftsfördernd. Auch in den FPZs und Maquiladoras ist Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung. In einer Deutschen Firma in Sri Lanka, wo Gleitfallschirme produziert wurden, wurde eine Arbeiterin geschlagen, weil sie an einem Feiertag fehlte. In den NIKE Fabriken in Vietnam werden die jungen Mädchen nach einem Vertrag mit ihrem Vater eingestellt. Wenn sie nicht so parieren, wie es die Manager und männlichen Aufseher erwarten, werden sie geprügelt. Außerdem beklagt sich der Manager bei dem Vater über das schlechte Benehmen seiner Tochter. Also eine typische Kombination aus kapitalistischer und patriarchalischer Gewalt. (Greenfield in Mies 2001)

In Bangladesch habe ich solche Fabriken in einer Freihandelszone besucht, die vollgestopft waren mit Stoffen und jungen Näherinnen. Oft bricht Feuer aus, und häufig können sich die Frauen kaum retten, weil Stoffballen auch auf den Treppen gestapelt sind. Die Frauen hatten dort Nachtschichten bis 2 Uhr in der Nacht. Wenn sie dann mit Bussen in ihre Dörfer gebracht wurden, erlebten sie oft, dass sie von jungen, meist arbeitslosen Männern vergewaltigt wurden. Oder ihnen wurde Säure ins Gesicht geworfen, damit ihre Heiratsaussichten zerstört wurden. In einem islamischen Land sollen unverheiratete Frauen nicht ohne Familien-Begleitung in der Öffentlichkeit auftreten. Die Globalisierung aber zwingt sie dazu. Viele Männer sind arbeitslos, sie rächen sich auf diese Weise an den Frauen, die einen Job haben. Auch hier eine Kombination aus kapitalistischer und patriarchalischer Gewalt.

Doch es gibt noch einen anderen, direkteren Zusammenhang zwischen globalisierter Wirtschaft und Gewalt gegen Frauen. Diesen Zusammenhang haben viele Frauen auch in Europa in den letzten Jahren erfahren können.

Das ist der Zusammenhang zwischen der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik und den daraus entstehenden Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen, die vorher mehr oder weniger friedlich zusammengelebt haben. Silvia Federici hat das Entstehen solcher Feindseligkeiten und sogenannter “Genozide” als Folge der Weltbankpolitik in Mosambik analysiert. (Federici 2001) Michel Chossudovsky hat eine ähnliche Analyse für Jugoslawien durchgeführt, dessen Wirtschaft und Politik ebenfalls von Weltbank und IWF so destabilisiert wurden, dass schließlich sogenannte “ethnische Konflikte” ausbrachen, die dann schließlich in “ethnischen Säuberungen” und im Kosovokrieg endeten. Zur Zeit erleben wir einen solchen Krieg in Afghanistan. Alle diese Kriege, werden mit rassistischen, ethnischen oder religiös-kulturellen Argumenten begründet. Warum aber haben sie immer und besonders eine spezielle Gewalt gegen Frauen zur Folge?

Wieso müssen die sich überlegen dünkenden Männer in solchen Kriegen ausgerechnet die Frauen der "Feinde" vergewaltigen und töten? Im Bosnienkrieg haben wir schon gelernt, dass Vergewaltigungen bewusst als Kriegswaffe eingesetzt wurden, um den "Feind" zu demütigen. Frauen gelten also auch heute noch nicht und nirgendwo als eigenständige, autonome Wesen, sondern als "Eigentum" von Männern. Wer "Herr" über ein Land sein will, vergewaltigt also die Frauen dieses Landes. Denn es herrscht immer noch die alte patriarchale Krieger-Logik: Wer das Land besitzt, besitzt die Frauen des Landes.

Die Globalisierung hat uns Frauen nicht von dieser Logik befreit. Im Gegenteil. Sie führt notwendigerweise zu immer neuen Konflikten zwischen verschiedenen Volksgruppen, zwischen verschiedenen Männerbünden, die dann nach neoliberaler Lehre miteinander konkurrieren und sich schließlich bekriegen. Die Waffenindustrie weltweit beliefert sie mit Waffen und saniert damit häufig die Wirtschaft, z.B. in den USA, in Europa. Wenn wir aber verstehen, dass diese Konflikte nicht durch jeweilige kulturelle, religiöse oder ethnische Verschiedenheiten bedingt sind, sondern letztlich durch ein Wirtschaftssystem, das alle zu Feinden von allen macht, ein System, das nur einen Wert kennt, den Profit und sein Wachstum, dann werden wir in der Lage sein, unsere Verschiedenheiten als Reichtum zu schätzen und zu respektieren. Dann werden auch unsere Männer irgendwann diese patriarchale Kriegerlogik nicht mehr brauchen, um sich als Mann zu fühlen.

### **WIDERSTAND IST NOTWENDIG UND FINDET BEREITS STATT**

Es nicht verwunderlich, dass sich Frauen im Süden, die von der Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen durch die globalisierte Wirtschaft am meisten betroffen sind, gegen diese Gewalt wehren. Im folgenden berichte ich über einige solcher Widerstandsbewegungen von Frauen, aus Mexiko, Bangladesh und Kenia.

#### **MEXIKO**

Praktisch seit Ende der siebziger Jahre, als die ersten Freien Produktionszonen in Südostasien und die ersten Maquiladoras an der US-mexikanischen Grenze errichtet wurden, haben sich die meisten jungen Frauen in diesen Fabriken in vielfältiger und kreativer Form gegen diese sklavenähnliche Ausbeutung gewehrt. (Mies 2001 S.127 – 132)

Weltweit bekannt wurde der Kampf der mexikanischen Näherinnen aus den Maquilas von Mexiko Stadt, die nach dem schweren Erdbeben vom 19. September 1985 die unabhängige Frauengewerkschaft "19. September" gründeten. Der Protest dieser Frauen entzündete sich, als 800 der in den Hochhäusern untergebrachten Maquilas zusammenstürzten und 8000 Näherinnen unter sich begruben. Die Unternehmer hatten die Betriebsetagen nur gemietet und versuchten, nach dem Beben nur schnell ihre Nähmaschinen aus den Trümmern zu retten. Die Arbeiterinnen interessierten sie nicht. Sie setzten unter Militärschutz Räumgeräte zur Bergung von Stoffen und Maschinen ein, nicht aber zur Rettung der unter den Trümmern verschütteten Frauen, deren Hilfeschreie man hörte.

Die Unternehmer weigerten sich auch, den 40 000 Frauen die durch das Beben arbeitslos geworden waren, eine Entschädigung zu zahlen oder sie wieder einzustellen. Auch die offiziellen, männerdominierten Gewerkschaften unterstützten die Frauen nicht. Diese Gewerkschaften waren fester Bestandteil des "Dreierbundes" aus Staat, Unternehmern und offiziellen Gewerkschaften. Der Staat erkannte die Frauengewerkschaft nicht an. Sie war dem "Dreierbund" vor allem deshalb suspekt, weil die Frauen nicht nur rein gewerkschaftliche Forderungen erhoben, sondern die Frau als ganzen Menschen, d.h. als Arbeiterin, Mutter, Familienarbeiterin ins Zentrum stellte.

Folglich stellten sie neben gewerkschaftlichen Forderungen auch feministische wie:

- Recht auf freie Entscheidung über Mutterschaft
- Einrichtung von Kindergärten



- Kampf gegen Gewalt gegen Frauen ( zu Hause und in der Gesellschaft)
- Kampf gegen die doppelte Ausbeutung von Frauen

Die Gewerkschaft des "19. September" wurde unterstützt von feministischen Gruppen im Aus- und -inland, vor allem von der Gruppe Mujeres en Accion Solidaria, die Gewerkschaftsforderung mit feministischen Zielen verbindet. (Wiener 1988 zit. in Mies 2001)

## **BANGLADESH**

NAYA KRISHI ANDOLON – Eine neue Bauernbewegung für Subsistenz und ein glückliches Leben  
Farida Akhter berichtet über eine neue Bauernbewegung in Bangladesh, die von Frauen initiiert worden ist, die durch die Technologie der "Grünen Revolution" ihre traditionelle Rolle in der Landwirtschaft als Hüterinnen des Saatguts verloren hatten. Sie wurden so auf ihre reproduktiven Funktionen (Hausarbeit, Kinderkriegen) reduziert. Die "Grüne Revolution" hatte, entgegen den Versprechungen ihrer Betreiber, der transnationalen Agrarkonzerne und dann auch der Regierung zur Verschlechterung der Lage der Bauern in Bangladesh geführt. Diese mussten feststellen, dass sie durch die Grüne Revolution von Krediten (für Saatgut, Dünger, Pestizide, Maschinen) abhängig geworden waren, die sie nicht bezahlen konnten, dass die Vielfalt ihres eigenen Saatguts zerstört worden war, weil das Saatgut, das sie nun kaufen mussten, nur aus ganz wenigen hochgezüchteten Reissorten bestand, die auf die Dauer immer weniger Ertrag brachten, dass sie statt reicher immer ärmer wurden und dass der chemische Dünger, die Pestizide und Herbizide sie krank machten und dass das Grundwasser verseucht war. Diese Situation führte zu einer Zunahme der Gewalt der Männer gegen ihre Frauen, die nun nichts Sinnvolles mehr in der Landwirtschaft zu tun hatten. Viele Frauen begingen aus Verzweiflung Selbstmord.

Doch dann entschlossen sie sich, diese Situation zu ändern. Mit Hilfe von UBINIG, einer Organisation, die alternative Entwicklungsforschung und -praxis fördert, lernten sie ihr altes, vielfältiges Saatgut wieder anzubauen, aufzubewahren und wieder anzupflanzen. Sie lernten, wie man Kompost macht. Sie überredeten ihre Männer, neue ökologische Anbaumethoden zu lernen und zu praktizieren. Vor allem sollte kein "Gift" mehr auf die Felder gebracht werden. "Gift" nannten sie alle Insekten- und Unkrautvernichtungsmittel. Dieses selbe Gift hatten viele Frauen benutzt, um sich selbst umzubringen. Außerdem sollte kein modernes Saatgut der "Grünen Revolution" mehr benutzt werden, das ihr ganzes Unglück und die Gewalt ausgelöst hatte. Alle diese Forderungen der Frauen wurden von den Männern zuerst ausprobiert, ehe sie sie akzeptierten. Sie stellten dabei fest, dass eine solche Landwirtschaft nicht nur die Vielfalt fördert, ausreichend gesunde Nahrung produziert, keine Gefahr für die Natur, die Menschen und die Tiere darstellt, sondern darüber hinaus auf die Dauer ertragreicher ist als die Monokultur der "Grünen Revolution" mit ihrer teuren und schädlichen Technologie. Vor allem war dies ein Ansatz, der sie unabhängig machte von den Banken und den ausländischen, multinationalen Agrarkonzernen.

Die Naya Krishi Andolon Bewegung formulierte ein Manifest, in dem Haushalte und ganze Dörfer sich zu "giftfreien Gebieten" erklärten. Sie verboten allen Multinationalen Konzernen in diese Gebiete zu kommen und ihre Produkte anzubieten. Sie wollten wieder Kontrolle über ihre Ressourcen: Land, Wasser, Bäume, Saatgut, Pflanzen- und Tiervielfalt haben. Zu dieser Wiederaneignung der Vielfalt gehörte auch die Pflege des traditionellen Wissens der Bauern und ihrer eigenen Kultur. Nach sehr kurzer Zeit hatte sich diese neue Bauernbewegung auf tausende von Dörfern ausgedehnt. Vor allem Frauen spielten die Rolle von Expertinnen, die die Prinzipien der Wiedereroberung der Subsistenz verbreiteten. Mit Hilfe der Frauen hat diese Bewegung inzwischen schon wieder 650 verschiedene Sorten von Reis zurückerobert, neben vielen anderen Pflanzensorten, die durch die Technologie der "Grünen Revolution" fast ausgestorben waren.

Am beeindruckendsten ist jedoch die Begründung, warum die Frauen Nayakrishi unterstützen. Naya Krishi Andolon ist ihrer Meinung nach eine Bewegung, die "Nahrungssicherheit und ein glückliches Leben" schafft. Die Frauen wollen nicht nur genug Nahrung haben, sondern ein "glückliches Leben". Die Wiedergewinnung der Subsistenz ist die Basis für dieses "glückliche Leben" ( Bennholdt-Thomsen/Mies 1997; Farida Akhter in Bennholdt-Thomsen, Faraclas und v. Werlhof -Hg.- 2001, S. 167-177, Greenpeace Magazin, August 2001, S. 26/27, Sonderausgabe)

## **KENIA**

Wie Terisa Turner und Leigh Brownhill berichten, haben Frauen in den Kaffeeplantagen Kenias einen sehr kreativen Widerstand gegen alle patriarchalisch-kapitalistischen Mächte organisiert, die sie auf drei Ebenen ausbeuten und unterdrücken: auf der globalen Ebene die Weltbank und der IWF, auf der nationalen Ebene der kenianische Staat, auf der persönlichen Ebene, ihre eigenen Ehemänner.

Der Landbesitz in Kenia ist in der Hand der Männer. Frauen können aber auf dem Land der Männer arbeiten. Nachdem die Weltbank durch ihre Strukturanpassungsprogramme verlangt hatte, dass die Regierung die Landwirtschaft weitgehend auf Exportproduktion umstellte, damit das Land die Zinsen für die Kredite zurückzahlen könne, wurde die Kaffeeproduktion ausgeweitet. Das Pflücken der Kaffeebohnen wurde den Frauen zugewiesen. Die Männer aber kassierten das Geld für den Verkauf des Kaffees.

Die Regierung verlangte auch, dass jede Frau nur für ihren Ehemann arbeiten sollte. Die Frauen aber bestanden darauf, dass sie ihre traditionellen Frauen-Arbeits-Kollektive beibehalten konnten, Auf diese Weise konnte sie nicht vereinzelt, gespalten und hausfrauisiert werden.

Zwischen 1980 und 1990 sank der Weltkaffeepreis. Die Exporterlöse für afrikanischen Kaffee sanken um 70 Prozent. Die Kaffeebauern bekamen immer weniger für ihren Kaffee und viele hörten auf, ihren Frauen überhaupt etwas für ihre Arbeit zu zahlen. In der Provinz Maragua drohten die Frauen daraufhin, dass sie aufhören würden, weiter in den Kaffeeplantagen ihrer Männer zu arbeiten. Die Männer drohten, dann würden sie sie von ihren Feldern vertreiben. Doch die Frauen blieben hartnäckig. Da sie sowieso kein Geld sahen, sahen sie nicht ein, warum sie für die Männer, die Regierung und den Internationalen Währungsfonds arbeiten sollten. Die Kaffeeproduktion sank. Die Regierung war verzweifelt. Ihre Einkünfte aus dem Kaffeeexport sanken und der IWF machte Druck, dass die Regierung ihren Zinsverpflichtungen nachkommen müsse. Als alles nichts half und die Frauen hart blieben, gab der IWF der Regierung einen weiteren Kredit, um die Kaffeeproduktion anzukurbeln. Doch die Frauen sahen, dass sie auch von diesem Geld nichts bekamen. Denn sie wurden ja wie Hausfrauen behandelt, die umsonst für ihre Männer arbeiten sollten. Viele Ehen gingen in diesem Widerstand in die Brüche.

Manche Frauen hatten schon angefangen, Bohnen und anderes Gemüse für ihre Familien zwischen die Kaffeebäume zu pflanzen, oder sie vernachlässigten die Kaffeebäume, sodass sie abstarben. So versuchten sie wenigstens Nahrung für sich und ihre Kinder auf dem Land ihrer Männer zu produzieren. Das war natürlich verboten.

Schließlich aber beschlossen die Frauen von Maragua gemeinsam, die Kaffeebäume einfach auszureißen und stattdessen Bananen und anderes wichtige Gemüse für ihre eigene Familie und den lokalen Markt anzubauen. Auf der Vernichtung eines Kaffeebaumes stand eine Strafe von sieben Jahren Gefängnis. Die Frauen kümmerten sich nicht darum und führten kollektiv diese Aktion durch. Ende 1986 hatten die Frauen von Managua statt Kaffeeplantagen Bananen und Gemüsefelder für die eigene Versorgung und die lokalen Märkte angelegt. Nach Terisa Turner und Leigh Brownhill hat sich diese Bewegung inzwischen auf ganz Kenia und auf ganz Zentral- und Ostafrika ausgedehnt. (Turner 2001)



Was am Widerstand der Frauen in Kenia interessant ist, ist, dass sie nicht mehr Geld, mehr Lohn von den Männern und dem Staat forderten, sondern, dass sie sich ihre Produktionsmittel direkt, durch eine kluge Aktion aneigneten und dass dies bei anderen Frauen – und Männern Schule machte. Jedenfalls unterstützten die Männer schließlich die Aktion der Frauen.

### **Globaler Frauenwiderstand?**

Im Zeitalter der Globalisierung reicht es für Frauen nicht mehr, von ihren jeweiligen Regierungen Arbeitsplätze, bessere Löhne, mehr Sozialhilfe zu fordern. Oder sich auf die Forderung nach "Gleichstellung" zu beschränken. Denn "Gleichstellung" bedeutet lediglich einen größeren Teil vom Kuchen, der insgesamt auf Raub an der Natur, Zerstörung der Vielfalt, Gewalt gegen Frauen, Krieg und Neokolonialismus beruht. In einem globalen, kapitalistischen und patriarchalen Wirtschaftssystem, das nur einen Wert kennt, Profit, Shareholder Value und Konkurrenz, muss der Protest über die alten Gewerkschaftsforderungen hinausgehen. Und er muss global sein.

Das ist er inzwischen auch. Seit dem Widerstand gegen das MAI, das Multilaterale Abkommen über Investitionen, das 1998 durch diesen Widerstand zu Fall gebracht wurde, hat sich die GLOBALISIERUNG VON UNTEN (Mies 2001) weltweit ausgebreitet. Sie hat dazu beigetragen, dass die WTO 1999 in Seattle in einem Fiasko endete, dass die Weltbanktagung in Prag im September 2000 mit einer tiefen Legitimationskrise von WB und IWF endete, dass überall in der Welt, wo die GLOBAL PLAYERS sich versammeln, ob in Davos, in Melbourne, in Nizza, in Genua oder vor kurzem die WTO in Katar sich diese Protestbewegung auch einfindet

Ein internationales Frauennetzwerk, das sich aktiv an diesen Protesten beteiligt, Aktionen und Workshops durchführt, ist das Netzwerk DIVERSE WOMEN FOR DIVERSITY.\* Dieses Netzwerk kämpft gegen Monokultur, gegen die Zerstörung der biologischen und kulturellen Vielfalt durch die konzerngesteuerte Globalisierung, gegen Gentechnik und Patente auf Leben, für die Kontrolle von lokalen Gemeinschaften über ihre Ressourcen, für den Frieden.

Dieses Netzwerk betont, dass die kulturellen und anderen Unterschiede zwischen uns Frauen und den Menschen insgesamt nicht ein Problem sondern ein Reichtum sind. Nur der Erhalt dieser Vielfalt garantiert das Überleben der Natur und der Menschen.

### **FRAUENWIDERSTAN IN DEUTSCHLAND ?**

Wenn wir fragen, wie es denn um den Widerstand von Frauen gegen die globalisierte Wirtschaft in Deutschland bestellt ist, müssen wir weitgehend Fehlanzeige anmelden. Es gibt zwar auch hier viele, vor allem junge Frauen, die sich in die "Globalisierung von unten" eingeklinkt haben. Aber die Mehrzahl thematisiert (noch) nicht, was diese Globalisierung für Frauen bedeutet, warum Frauen nicht nur Opfer sondern die eigentlichen Stützen der konzerngesteuerten Globalisierung sind. Viele glauben immer noch den Versprechungen der Regierung und der EU, dass Frauendiskriminierung durch das globalisierte Kapital aufgehoben werden könne, dass die Politik des "Gender Mainstreaming" Chancengleichheit für Frauen schaffen werde, dass Frauen nur ihr "Humankapital" einbringen müssten, dass sie nur flexibel sein und Nischen für sich im System finden müssten.

Diese Politik ist aber bereits durch die Resultate der globalisierten Wirtschaft ad absurdum geführt worden. Was vor allem fehlt, ist eine gründliche Information von Frauen - und Männern - über die globalen und EU-weiten neoliberalen Abkommen, die die Situation der Frauen auch in den reichen Ländern drastisch verschlechtern. Sie wissen kaum, was die WTO bedeutet, noch weniger kennen sie das "Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen" (General Agreement on Trade in Services –GATS), das gerade jetzt sowohl von der WTO als auch von der EU durchgesetzt wird, und zwar auf allen Ebenen: der EU-Ebene, der nationalen aber auch auf der Landes- und kommunalen Ebene.



Das GATS bedeutet, dass alle Dienstleistungsbereiche, vor allem die der öffentlichen DASEINSVORSORGE, die bisher noch unter der Kontrolle der öffentlichen Hände waren, nun für den internationalen Wettbewerb geöffnet, liberalisiert und privatisiert werden sollen. Zu diesen Bereichen gehören u.a. das Gesundheitswesen, das Bildungs- und Schulsystem, die Wasserversorgung, Müll und Abwässer, Verkehrsbetriebe, die öffentliche Verwaltung, Energiebetriebe, Stadtwerke, Altenpflege, Kindergärten und viele mehr. Die globalen Dienstleistungsmultis erwarten sich Milliarden Gewinne, wenn diese Bereiche für ihre privaten Investitionen geöffnet werden.

Dieser gesamte Dienstleistungssektor ist vor allem ein Bereich, wo Frauen arbeiten. Es liegt auf der Hand, dass Millionen von Frauen von der Liberalisierung und Privatisierung dieses Sektors betroffen sein werden. Nicht nur ihre Arbeitsplätze sind bedroht, vor allem aber werden sie bei der Privatisierung einen großen Teil ihrer Arbeiterinnenrechte verlieren, d.h. Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Sozialversicherungen, Mutterschaftsschutz werden "flexibilisiert" werden. Viele der Aufgaben werden ausgelagert und "hausfrauisiert" werden (Teleheimarbeit). Arbeitshetze, Konkurrenzdruck untereinander, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Mobbing werden für die zunehmen, die noch einen Arbeitsplatz behalten.

Frauen sind jedoch auch mehr als Männer von den qualitativen Verschlechterungen betroffen, die die Privatisierung der Dienstleistungsbereiche überall nach sich zieht: schlechtere Gesundheitsversorgung für die, die wenig Geld haben, schlechtere Bildungschancen für ärmere Frauen und Mädchen, schlechtere Verkehrsanbindung, weniger erschwingliche Kindergärten, weitere Wege zu den noch verbleibenden Postdienststellen und Sparkassen, schlechterer Service in Krankenhäusern und Altenheimen, mehr Altersarmut für Frauen. All diese Folgen sind in Ländern, die diese Liberalisierung der Dienstleistungen schon weiter getrieben haben (z.B. England und USA) schon heute zu beobachten. (vgl. Infobriefe des Netzwerks gegen Neoliberalismus, Köln)

Wie kommt es, dass nicht einmal die Gewerkschaften, früher ÖTV, heute VERDI die Frauen rechtzeitig über die Konsequenzen des GATS informiert haben ?

Wenn Frauen diese neue Bedrohung durch die neoliberale Globalisierung, insbesondere das GATS nicht einmal kennen, können sie sich auch nicht wehren. Dann ist Globalisierung wieder mal Schicksal. Das Beispiel unserer Schwestern aus den Ländern des Südens kann uns inspirieren, mit dieser Information und Aufklärung zu beginnen und den Widerstand auch hier zu organisieren.

Ausführliche Literaturhinweise unter: [http://www.attac.de/archiv/frauen\\_widerstand.pdf](http://www.attac.de/archiv/frauen_widerstand.pdf)